

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

39. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 12. Februar 1901.

№ 18.

Zum Kampfe in Leipzig

können wir unseren Lesern nunmehr nach etwa vierzehntägigem Stillschweigen die Ursachen des letzten und die Geschehnisse innerhalb dieser Zeit vor Augen führen. Der von der Leipziger Gehilfenschaft seit einem Vierteljahre mit aller Energie geführte Kampf gegen die L. B. ist in den letzten Wochen wiederholt durch sogenannte Einigungskonferenzen unterbrochen worden, ohne daß dieselben aber das von uns erhoffte friedliche Resultat im Gefolge gehabt hätten — nach ihrem Verlaufe leider auch nicht haben konnten.

Wir stehen nunmehr vor der Tatsache, den Kampf in Leipzig als resultatlos abbrechen und das Schlachtfeld unseren Gegnern überlassen zu müssen. Die Leipziger Gehilfenschaft hat es abgelehnt (siehe den Versammlungsbericht in heutiger Nummer), auf Kosten ihres klaren Rechtes und des gewerkvereinlichen Prinzips den Vermittelungsvorschlag zu acceptieren, der in der letzten Konferenz am 2. Februar in Berlin vom Vorstande der sozialdemokratischen Partei und seinen Leipziger Parteigenossen den organisierten Leipziger Buchdruckern als letzter Friedensvorschlag unterbreitet worden ist. Will man uns in der L. B. nur ein Scheindefairen gestatten und soll für abschbare Zeiten das seit Jahren gemißhandelte Recht der Buchdrucker noch eine weitere Einschränkung erfahren, so kann man wohl nicht gut dazu unsere Zustimmung verlangen. Bedurfte es doch der größten Anstrengungen der Gehilfenschaft, der Versammlung die Notwendigkeit begrifflich zu machen, daß der andauernd geführte heftige Kampf abgebrochen werden müsse, sofern wir nicht zur Fortsetzung desselben genötigt werden sollten.

Was man von den Leipziger Buchdruckern fordert, ist die einfache Unterwerfung, die bedingungslose Preisgabe ihres mit den größten Opfern verfolgten Rechtes.

Unsere Lesern wird noch lebendig vor Augen stehen, wie am 9. November 1900 zwei Verbandsmitgliedern in der L. B. gekündigt wurde, einmal aus Arbeitsmangel, in der Hauptsache jedoch, wie der sozialdemokratische Parteivorstand selbst feststellte,

„weil diese Sezer in nicht genügender Weise für die sozialdemokratische Partei agitatorisch tätig waren.“

Diese Motivierung der Kündigung stand bekanntlich in Widerspruch mit den von dem Geschäftsführer Heinisch im Jahre 1897 vertretenen Grundsätzen:

„Bis jetzt haben wir den Standpunkt eingenommen, daß die Arbeiter bei uns ihre freie Meinung haben und behalten sollen, mögen sie Tarifanhänger oder -gegner sein, mögen sie sich zur Sozialdemokratie oder zu einer andern Partei zählen. Und so gebeten wir es auch für die Folge zu thun.“

Es war aber für niemand überraschend, daß zum Zwecke der Maßregelung unserer Kollegen den Arbeitern in der L. B. die „freie Meinung“ verboten wurde, d. h. wer sich eine freie Meinung erlaubte, wurde entlassen, und der Anfang war mit den beiden Verbandsmitgliedern gemacht. 29 Kollegen erklärten sich daher mit den Gemäßregelten solidarisch und legten die Arbeit in der L. B. nieder.

Der Stummschen Praxis der Geschäftsleitung der L. B. gegenüber dokumentierte der sozialdemokratische Fraktionsvorstand seinen Standpunkt wie folgt:

„Die Fraktion ist von jeher und zwar unter Zustimmung der ganzen Partei dagegen aufgetreten, wenn die Leiter von Staats- oder Privatbetrieben Arbeiter entließen, weil diese einer ihnen mißliebigen Partei angehörten. Von diesem Gesichtspunkte aus kann die Fraktion es auch nicht billigen, daß die Frage, ob ein Arbeiter eine gewünschte politische Tätigkeit ausübe oder nicht, bei der Kündigung oder Entlassung in Parteigeschäften entscheidend sei.“

Wir verweisen noch darauf, daß die Leipziger Sozialdemokraten zwecks Aufrechterhaltung des Friedens gar nichts gethan haben, dagegen die Leipziger Ausständigen und die örtliche Verbandsleitung nichts unversucht ließen, um durch ein Eingreifen des sozialdemokratischen Parteivorstandes den voraussichtlich heftigen und nur für die sozialdemokratische Partei schädlichen Kampf zu verhindern.

Am 5. Dezember 1900 fand in Leipzig sodann eine Konferenz statt, in welcher sich der sozialdemokratische Parteivorstand redlich bemühte, den Frieden zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln. Derselbe könnte aber nach dem Vermittelungsvorschläge des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes nur auf folgender Basis zustande kommen:

„Zur Beilegung der schwebenden Streitigkeiten ist sowohl den gekündigten Sezern als den später aus Anlaß dieser Kündigungen aus der Arbeit getretenen Personen der Wiedereintritt in ihre früheren Stellen innerhalb 14 Tagen offen zu halten. Soweit dieselben von diesem Rechte keinen Gebrauch machen, bleiben die an ihre Stelle getretenen Mitglieder der Buchdrucker-Gewerkschaft in Beschäftigung.“

Bekanntlich wurde dieser Vermittelungsvorschlag von den Leipziger Sozialdemokraten verworfen. Zwar hatte diese Konferenz zur Folge, daß die Leipziger Genossenschaft ihren früheren Beschluß, wonach die Arbeiter in der L. B. nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern auch ihre Gesinnung zu verkaufen haben, wieder aufhoben, ohne aber das damit zusammenhängende Unrecht wieder zu sühnen. Die Leipziger Buchdrucker waren daher gezwungen, den Kampf gegen die L. B. mit allen zu Gebote stehenden Mitteln fortzuführen. Daß dieser von den Leipziger Sozialdemokraten heraufbeschworene Kampf die ganze Partei in Mitleidenschaft zog, konnten wir nicht verhindern.

Soweit sind unsere Leser auf dem Laufenden. Auf Anregung der Berliner Parteileitung fand nunmehr am 18. Januar in Berlin eine Konferenz statt, an der außer dem Parteivorstande die Kollegen Döblin, Eisler und Engelbrecht sowie die Leipziger Herren Heinisch, Meyer, Meyer, Kleemann, Bollender und Kressin teilnahmen. Das Resultat dieser Konferenz gipfelte in einer Resolution, wonach auf der Grundlage des Vermittelungsvorschlages des Fraktionsvorstandes vom 5. Dezember zwischen den Leipziger Parteigenossen und den Buchdruckern neuerlich eine Einigung versucht werden sollte. Die Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Die am 18. Januar 1901 tagende Konferenz beschloß, daß die Vertreter der streitenden Parteien in Leipzig (Verband, Gewerkschaft, Geschäftsleitung und Partei) auf Grundlage des Vorschlages des Fraktionsvorstandes vom 5. Dezember 1900 zu einer Verständigung zusammentreten mit der Maßgabe, daß zunächst die noch arbeitslosen ausständigen Mitglieder des Verbandes in der Buchdruckerei der L. B. wieder Stellung finden, soweit die Beteiligten dieses wünschen.“

Darauffin fand am Abend des 24. Januar eine Konferenz in Leipzig statt, an der die oben genannten Leipziger Parteiführer und Gewerkschafter sowie die Kollegen Eisler, Eichler, Engelbrecht, Linde, Kexhäuser, Nibel, Köhl, Schüger, Voigt, Wogenitz und Wesfmann teilnahmen. Die Vertreter der Leipziger Arbeiter legten uns hier als äußerstes Zugeständnis folgende Resolution vor:

„Zwölf Ausständige werden jetzt eingestellt; bei Neueinstellungen im nächsten halben Jahre werden Ausständige wieder eingestellt, wenn dieselben es wünschen.“

Dieses „Entgegenkommen“ wurde selbstverständlich kurzer Hand abgelehnt. Daß die Leipziger Partei- und Geschäftsleitung nichts anderes beabsichtigte, als im äußersten Falle nur 12 der Ausständigen wieder einzustellen und daß die übrigen 19 Ausständigen nie wieder auf ihre alten Stellen zu rechnen hatten, geht aus diesem Vorschlage klar hervor. Bei Neueinstellungen hätte man auch den einen oder andern Ausständigen noch berücksichtigt, aber die Fassung des Vorschlages ist so pfiffig, daß bei Arbeitsmangel der zuletzt Neueingestellte wieder zuerst entlassen werden konnte. Und die Herren in der L. B. hätten ihren Schein auszumühen verstanden. Und wir hätten zum Schaden noch den Spott gehabt. Für einen solchen Frieden danken wir, den — was aber gar nicht beabsichtigt war — ehrlich einzuhalten die Gewerkschafts-Corona in der L. B. schon verhindert hätte.

Unsererseits bildete folgende Resolution das denkbar größte Zugeständnis:

„Auf der Grundlage des Vermittelungsvorschlages des Fraktionsvorstandes der sozialdemokratischen Partei vereinbarte die heute am 24. Januar 1901 in Leipzig abgehaltene Konferenz:

Von den noch ausständigen Verbandsgehilfen in der Druckerei der Leipziger Volkszeitung werden sofort 14 derselben eingestellt. Die noch übrigen in Betracht kommenden 17 Ausständigen werden innerhalb eines Vierteljahres untergebracht, soweit dieselben auf eine Wiedereinstellung Anspruch erheben. Die sämtlichen Wiedereintretenden haben ihre alten, früher innegehabten Stellen einzunehmen und darf bei künftigen sich notwendig machenden Entlassungen nur nach der Anciennität verfahren werden, soweit nicht besonders qualifizierte Arbeit in Betracht kommt oder nicht andere stichtalige Gründe nach der Gewerbeordnung maßgebend sind. Das Verlangen irgend welcher Parteithätigkeit darf an die Verbandsmitglieder nicht in dem Sinne gestellt werden, daß das Arbeitsverhältnis davon abhängig gemacht werden soll.“

Diese Proposition wurde von den Leipziger Gewerkschaften verworfen. Um jedoch nicht alle Brücken abzubrechen, vereinbarte man eine neue Konferenz in Berlin unter Hinzuziehung des Partei- und unsers Zentralvorstandes. Schon um deswillen, weil bezüglich der ersten Berliner Konferenz die Teilnehmer bei ihrer Berichterstattung wesentliche Abweichungen über die gepflogenen Debatten hervortreten ließen. Die Herren Meyer und Genossen

erklärten außerdem, sich für die Berliner Konferenz durch eine Parteiverammlung die Grenzlinie bezeichnen zu lassen, wie weit sie gehen könnten. Nach geschäpener Berichterstattung faßte denn auch eine Leipziger Parteiverammlung am 28. Januar folgende Resolution:

„Nur in Rücksicht auf die Gesamtpartei geben die Leipziger Parteigenossen ihre Zustimmung zu dem auf der Berliner Konferenz einstimmig angenommenen Einigungsanschlag, wonach von den 31 Ausständigen der Leipziger Volkszeitung 10 bis 12 Mann innerhalb 14 Tagen wieder eingestellt werden sollen. Auch wird die Geschäftsleitung ermächtigt, bei Neueinstellungen im nächsten halben Jahre weitere Ausständige zu berücksichtigen, soweit diese es wünschen. Sollten die Buchdrucker diesen Einigungsanschlag ablehnen, so hat sich die Geschäfts- und Parteileitung jeder weiteren Verhandlung zu enthalten.“

Zu dieser Resolution bemerkt das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands:

„Der provokatorische Ton dieser Resolution, der dem üblichen Unternehmerröschmüt nichts nachgibt, dürfte wenig geeignet sein, die Einigungsverhandlungen zu fördern, die nur durch das weit über gewöhnliches Maß reichende Entgegenkommen der Vertreter des Verbandes und der Ausständigen ermöglicht wurden. Die Leipziger Parteileitung scheinen auch jetzt noch nicht begriffen zu haben, daß alles Recht in diesem Konflikte auf Seiten des angegriffenen Verbandes stand. Wir wollen indes von Herzen wünschen, daß dieser, die Arbeiterbewegung zerfleischende Konflikt beigelegt wird.“

Am 2. Februar nachmittags fand im Reichstagsgebäude die sogenannte „Schlußkonferenz“ statt, an welcher teilnahmen: Auer, Bebel, Gerisch, Pfannkuch, Singer, Döblin, Eisler, Eichler, Engelbrecht, Kexhäuser, Köhl, Wogenitz, Beyer, Geyer, Heinisch, Kleemann, Kressin und Pollender. Nach etwa sechsstündigen Verhandlungen, während denen es wiederholt zu scharfen Auseinandersetzungen kam, unterbreiteten schließlich der Parteivorstand und die Leipziger Parteiführer den Verbandsmitgliedern folgende Resolution als letztes Zugeständnis:

„Von den noch ausständigen Verbandsgehilfen aus der Druckerei der Leipziger Volkszeitung sind innerhalb 14 Tagen 12 einzustellen. In erster Linie sind die zur Zeit noch arbeitslosen zu berücksichtigen. Die übrigen noch in Betracht kommenden 19 Ausständigen werden, soweit dieselben auf eine Wiedereinstellung reflektieren, bei Bedarf eingestellt. Die sämtlichen Wiedereintretenden haben ihre alten, früher innegehabten Stellen einzunehmen und darf bei zukünftigen Entlassungen infolge von Arbeitsmangel mit Ausnahme der im Vergleichsanschlag vom 5. Dezember 1900 aufgeführten Fälle nur nach der Anciennität verfahren werden.“

Dieser Resolution haben die Vertreter des Verbandes einschließlich der Ausständigen ihre Zustimmung versagt mit der Erklärung, den endgültigen Entscheid in die Hände der Leipziger Gehilfenschaft zu legen. Wie diese über den obigen „Friedensvorschlag“ denkt, geht aus dem bereits erwähnten Versammlungsberichte hervor. Ist dieser „letzte“ Vorschlag inhaltlich doch nichts weiter, als was die Leipziger Genossen bereits am 28. Januar als weitgehendstes Entgegenkommen bezeichnet haben. Bereits im Dezember 1900 äußerte sich der Vorwärts über ein derartiges Anerbieten wie folgt:

„... wenn ferner die Leipziger Parteileitung nunmehr den Vorschlag macht, nur etwa 10 (und nicht, wie wir kürzlich berichteten, die Hälfte oder Zweidrittel) der früheren Deseer wieder einzustellen zu wollen, so mißbilligen wir dieses Verhalten der Leipziger Genossen durchaus. Der Buchdruckerverband hat ein Recht auf Wiedereinstellung aller seiner früher in der Leipziger Volkszeitung beschäftigten Mitglieder, soweit er nicht in den Vergleichsverhandlungen freiwillig auf einen Teil dieses Rechtes verzichtet hat. Wenn der Leipziger Volkszeitung größere finanzielle Verbindlichkeiten aus dieser Situation entstehen, so muß sie diese Folgen ihres Neßlers tragen.“

Heute nun sollen wir uns mit 10 bis 12 Mann zufrieden geben und — trotz unsers von Bebel betonten „moralischen und prinzipiellen Rechtes“ — als die tatsächlich Besiegten in die L. B. zurückkehren. Wer die Verachtung der deutschen Kollegenschaft und den Spott und Hohn ihrer Gegner in den Kauf nehmen will, mag diesem Vermittlungsvorschlag zustimmen. Die hartnäckige Weigerung der Leipziger Genossenschaft und des Parteivorstandes — letzterer entgegen seinem Vermitte-

lungsvorschlag vom 5. Dezember —, den status quo selbst in absehbarer Zeit wieder herzustellen, ist uns eben handgreiflicher Beweis dafür, daß es zu gunsten der Gewerkschaft auf eine dauernde Schwächung unsrer Organisation in der L. B. abgesehen ist. Hätte man sich dazu verpflichtet, in einem Vierteljahre die noch Ausständigen, soweit sie es wünschen, wieder einzustellen, hätten wir auf dieser Basis den Frieden vereinbaren können — abgesehen davon, daß selbst dann immer noch die Rechtlosigkeit der Buchdrucker in der Leipziger Arbeiterbewegung fortbestanden hätte und daher immer wieder neuer Konfliktstoff vorhanden war.

In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse so, daß wie bei allen Ausständen die Unternehmer mit den Streikbrechern zugleich die technisch unfähigsten Leute erhalten. Aus diesem Umfande resultiert auch die alte Erfahrung, daß nach beendetem Ausstände gewöhnlich diese unfähigen, nur in der Zeit der „Not“ angenehmen Elemente wieder hinausfliegen. Die Geschäftsleitung der L. B. wünscht nun nichts sehnlicher, als einen Teil jener Streikbrecher wieder los zu werden, deren so viel befugener parteigenösslicher Idealismus in umgekehrtem Verhältnis zu ihrem technischen Können steht. Da wäre den Leipziger Genossen ein Duzend der früheren Arbeiter gerade angenehm, um sich vor dauernden geschäftlichen Schädigungen zu schützen und nur diejenigen los zu werden, die auch keiner anderen Parteidruckerei als begehrenswert erscheinen. Außerdem könnte man die „Friedensliebe“ der Leipziger Genossenschaft in hellstem Lichte erstrahlen lassen — alles natürlich auf Kosten unsers Verbandes.

Auf Kosten des Verbandes nicht nur in materieller, sondern auch in moralischer Beziehung. Nicht einmal nach dem verlorenen Niesenkampfe von 1891/92 — Herr Beyer nannte ihn kürzlich einen „Fasching“ — haben uns die Prinzipale ein solches Anerbieten zu machen gewagt. Damals blieben für die ersten Wochen nach dem Streik etwa 50 Proz. der Ausständigen ausgesperrt, die L. B. will nur beinahe 75 Proz. ausgesperrt wissen. Hätte die deutsche Kollegenschaft vielleicht 8 oder 14 Tage nach dem Beginne des 1891er Kampfes dem Frieden mit der Prinzipalität auf einer ähnlichen Grundlage zugestimmt? Würde der Friedensschluß mit der L. B. auf dieser Grundlage nicht gleichbedeutend sein mit einer Aufforderung an die bürgerlichen Geschäfte, die Verbandsmitglieder hinauszumanebeln, um dann in Frieden und Eintracht mit dem Verbandsgehilfen sich gütlich auf die Wiedereinstellung eines Drittels der Gemäßigten zu einigen? Haben wir den Kampf in Leipzig bisher um der Selbständigkeit unsrer Organisation willen geführt oder nicht? Nachdem es von den Kressin und Genossen geschobenen Parteiführern in Leipzig gelungen ist, über den Verband zu triumphieren, sollen wir jetzt noch dazu unsre Zustimmung geben, sollen wir erklären, daß Unrecht Recht ist?

Tatsächlich werden nur 12 von 31 Ausständigen wieder eingestellt. Allerdings sollen „bei Bedarf“ von den 19 Ausständigen diejenigen wieder eingestellt werden, welche es wünschen. Zu weiteren Verpflichtungen, z. B. daß an Stelle der Ausständigen andere Verbandsmitglieder bis zur Erreichung des status quo eingestellt werden sollen, waren weder der Parteivorstand noch die Leipziger Genossen zu bewegen. Es soll und darf der Verband in der L. B. nicht mehr die frühere Zahl seiner Mitglieder erreichen. Das ist der leitende Gedanke aller beteiligten Nichtbuchdrucker bei der Konferenz gewesen. Daß auch die Vertreter der Gewerkschaft sich zu dieser Auffassung bekennen, braucht nicht weiter betont zu werden. „Bei Bedarf“ sollen Ausständige, soweit sie es wünschen, berücksichtigt werden. Das ist einfach lächerlich. Wann ist „Bedarf“, daß denen, die es wünschen, ihre „alten, früher innegehabten Stellen“ wieder eingeräumt werden können? Dieser Bedarf kann einfach gar nicht eintreten oder im Laufe der Jahre nur so vereinzelt, daß die Betonung der „Wieder-

einstellung der noch übrigen 19 Ausständigen“ der reine Hohn ist. Nur wenn den übrigen 19 Ausständigen und der Leipziger Volkszeitung ein recht langes Leben beschieden ist, kann daran gedacht werden, daß ein Teil jener Kollegen wieder Unterkunft in der L. B. finden kann. Heute schon ist eine Anzahl der Ausständigen in auswärtige Konditionen getreten, ein anderer Teil befindet sich in Leipzig in annehmbaren Stellungen und wenn dann nach Jahr und Tag die L. B. mal einen Ausständigen einstellen wollte, wäre wohl schwerlich noch einer aufzutreiben, an dem Herr Heinisch und Genossen ihre „Friedensliebe“ demonstrieren könnten. Diese Herren wissen sehr wohl, was sie aus den Worten „bei Bedarf“ alles machen können.

Dann kommt noch in Betracht, daß wir zwar offiziell den Frieden mit der Leipziger Partei und der Geschäftsleitung der L. B. abschließen würden, in Wirklichkeit aber mit den Triebkräften, welche seit Jahren die Leipziger Sozialdemokraten einschließlich der Geschäftsleitung gegen die Verbandsbuchdrucker gehegt haben. Herr Heinisch hat — diesen Eindruck wird wohl so allgemein auch der Parteivorstand gewonnen haben — so gut wie gar nichts zu sagen, Herrscher in der Druckerei ist „Karl der Dicke“, der Herr Vizegeschäftsführer Seyffert, der Vorsteher der Accidenzabteilung, und seine Freunde, der Metteur Lehmann und der Obermaschinenmeister Schneider. Dazu gesellen sich noch die Herren Pollender und Kressin, deren „Friedensliebe“ einer nähern Untersuchung nicht bedarf. So liegen die Thatfachen, die nicht dazu angethan sind, uns zu einer Zustimmung zu dem proponierten Friedensvorschlag zu ermuntern. Die deutsche Kollegenschaft würde es nicht verstehen, wenn eine derartige unwürdige Verfleisterung als der Frieden verteidigt werden sollte, den wir seit langem ersehnt, um den wir gekämpft und für den wir seit Jahren die schwersten Opfer gebracht haben. Die Kapitulation des Verbandes zu gunsten der Gewerkschaft und der ihr angeschlossenen Freunde in der Sozialdemokratie soll denn doch nicht der Preis des Kampfes sein, den man uns aufgedrängt hat und der als ein gerechter — „das prinzipielle und moralische Recht liegt auf Ihrer Seite“, erklärte Bebel — auch von weiten Kreisen der übrigen Arbeiter in unserm Sinne unterstützt worden ist. So mögen denn die Leipziger Sozialdemokraten und die Leipziger Volkszeitung sich der materiellen und moralischen Segnungen erfreuen, die durch die stehenden geliebtenen Mauseisener und die herbeigeführten Streikbrecher zum Heile der Leipziger Arbeiterbewegung sich noch äußern werden. Wir gönnen ihnen neidlos die besetzten Stellen, denn nicht nur der Leipziger Gehilfenschaft, sondern unserm ganzen Verbands und der denkfähigen deutschen Arbeiterschaft ist nunmehr mit Lapidarschrift gesagt, wie hoch in der Leipziger Sozialdemokratie deren hervorragende, seit Jahrzehnten verfolgte, als der moralische und geistige Kitt der deutschen Arbeiterschaft gepriesene Grundsätze eingeschätzt werden. Was gilt in Leipzig noch die Solidarität der Arbeiter bei Maßregelungen durch den Unternehmer, was gilt hier die Selbständigkeit der Gewerkschaften, was das freie Denken und das klarste Recht, wenn alle diese bisher in der Theorie so hoch gehaltenen Prinzipien in der Praxis elend zu Grunde gerichtet werden?!

Wenn die Leipziger Gehilfenschaft in ihrer gestrigen Versammlung den „Friedensvorschlag“ vom 2. Februar rundweg ablehnte, so wird dies in Deutschland verstanden werden, wenn sie erklärte, den bisher geführten Kampf einzustellen und zwar lediglich im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung, so müssen auch diejenigen damit einverstanden sein, die eine Fortsetzung dieses Kampfes wünschen, „bis den Buchdruckern ihr Recht auf der ganzen Linie geworden ist“. Nicht gegen die Sozialdemokratie im ganzen soll und sollte der in Leipzig geführte Kampf gerichtet sein, sondern ausschließlich gegen unsere Feinde in der Leip-

ziger Sozialdemokratie und gegen jene, die sich unferen Leipziger Gegnern anschlossen. Daß die Sozialdemokratie als solche in diesem Kampfe diskreditiert wurde, ist nicht unsere Schuld — wir haben vor Beginn und während des Kampfes alles gethan, um zu einem ehrenvollen Frieden zu gelangen, im Male der Leipziger Genossen war es anders beschlossen — nun, so muß man für sein Handeln auch die Konsequenzen tragen. Wenn aber die leitenden Personen der Sozialdemokratie in Leipzig den auf Jahre zurückliegenden Ursachen des gegenwärtigen Kampfes nachgehen, so werden jene Herren finden, daß sie nur dem persönlichen Haß und dem persönlichen Ehrgeize einzelner Verbandsfeinde Vorwanddienste geleistet haben, und gedenken die Leipziger Arbeiterführer auf diesen für die Arbeiterschaft undankbaren Wegen weiter zu wandeln, ist die Reize ihrer Niederlagen noch nicht abgeschlossen. *Discite monite!*

Mitglieder-Versammlung

des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießer-Ges. am 8. Febr. 1901 im Theaterkaale des Kristallpalastes.

Die Versammlung wird abends 8 Uhr vom Vorsitzenden Engelbrecht mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes. 2. Situationsbericht über den Konflikt in der Leipziger Volkszeitung. 3. Aufstellung von Kandidaten zur Vorstandswahl. 4. Entreeverhältnisse zum Stiftungsfeste. 5. Bewilligung einer Extratraktierung für konditionslose Kollegen zum Stiftungsfeste.

Zur Thätigkeit des Vorstandes berichtet der Vorsitzende: Seit unsrer am 7. Dezember stattgehabten Mitglieder-Versammlung wurden in den Verein aufgenommen 31 Kollegen, ausgetreten sind 6, ausgeschieden und ausgeschieden sind ebenfalls 6 Mitglieder. Ein Aufnahmegefuhr wurde zurückgewiesen, 3 Patienten wurden wegen Uebertretens der Vorschriften für vorübergehend Erwerbsunfähige in Strafe genommen, als gemäßigt anerkannt wurde 1 Mitglied, während ein Antrag auf Gewährung der Unterstützung für Gemahregelte abgelehnt werden mußte. Dem Gauvorsitzer J. Cyr. Heismann wurde zu seinem 25jährigen Gauvorsitzersjubiläum im Namen des Vereins ein Glückwunschtelegramm übermittelt. Dem hiesigen paritätischen Arbeitsnachweise, in welchem der Verein durch Kollegen Eichler vertreten ist, hat der Vorstand einen Jahresbeitrag von 20 Mk. bewilligt. Die Veröffentlichung der Namen der Restanten in den Vereinsmitteilungen hatte die Wirkung, daß die Reste sehr zusammengeschmolzen sind; durch die Aufnahme von Interaten in den Mitteilungen wird ein erheblicher Fußschuß zu den Herstellungskosten der Mitteilungen erzielt. Der Bericht des Vorstandes steht am Schlusse der Tagesordnung zur Diskussion. — Zum 2. Punkte nimmt weiter das Wort der Vorsitzende:

Engelbrecht: Das vierzehntägige Schweigen des Corr. und der örtlichen Leitung hat in Kollegenkreisen zu den unangehörlichsten Gerüchten Veranlassung gegeben. Es wurde kolportiert, es seien inzwischen Abmachungen über die Köpfe der Ausständigen und der Leipziger Kollegen hinweg getroffen worden, die eine Schmach für den Verband im allgemeinen und für die Leipziger Kollegschaft im besondern sein sollten. Das ist vollkommen unzutreffend, wie auch nach Lage der Sache bis jetzt nichts näheres mitgeteilt werden konnte. Ich kann von vornherein erklären, daß nichts beschlossen worden ist, was für die Kollegschaft als bindend zu erachten wäre. Nicht weniger als drei Konferenzen haben in den letzten vierzehn Tagen zum Zwecke einer gegenseitigen Verständigung stattgefunden. Ueber das Zustandekommen dieser jogen. Einigungskonferenzen will ich vorausschicken, daß ich, nachdem der Artikel „Zielbewußt“ mit der Affaire Schoenlaue-Ragenstein erschien, der ziemliche Sensation erregte und vor das Forum der Öffentlichkeit gezogen wurde, ein Schreiben des Kollegen Döblin erhielt, in welchem er mir mitteilte, daß er zufällig die Abgeordneten Singer und Pfannkuch getroffen habe, wobei man im Laufe des Gesprächs auch auf die Leipziger Angelegenheit zu sprechen kam und Singer erklärte, daß es so nicht weitergehen könne und man nochmals den Versuch einer Verständigung machen müsse. Daraufhin habe Döblin erklärt, es habe nie an uns gelegen, wenn eine Einigung nicht erzielt werden konnte.

Es wurde nun vereinbart, daß von jeder Partei ein Leipziger Vertreter zu dieser vom Partei- und Zentralvorstande entrichteten Konferenz hinzugezogen werden sollte. Es wurde vereinbart, Heinisch und Engelbrecht hinzuzuziehen. Außer dem Parteivorstande dann noch Döblin und Eisler. Diese Konferenz fand am 18. Januar im Redaktionsbureau des Vorwärts statt. Wir waren allerdings sehr erstaunt, daß von Leipzig nicht wie vereinbart 1, sondern 6 Vertreter anwesend waren, darunter auch die Herren Kressin und Pollender. Seitens der letzteren wurde die Erklärung abgegeben, daß sie sich bei Ausbruch des Konfliktes von der Geschäftsleitung der Leipziger Volkszeitung ausbedungen hätten, bei allen eventuellen Verhandlungen oder Konferenzen mit teilnehmen zu können.

Singer meinte hierauf, daß wir jedenfalls gegen die Anwesenheit der übrigen Herren nichts einzuwenden hätten. Da wir hören wollten, was die Leute auf dem Herzen hatten, so lag keine Ursache für uns vor, die Konferenz zu verlassen, obwohl vorher bereits Döblin mir geschrieben, daß er nicht einsehen könne, was bei dieser Konferenz herauskommen solle.

Der Parteivorstand, führte Singer nunmehr aus, sei nochmals beauftragt worden, zu versuchen, die streitenden Parteien zusammenzubringen. Die Frage, ob beide Seiten gewillt seien, die Hand zur Verständigung zu bieten, wurde beacht. Das Resultat der Konferenz war die Annahme folgender Resolution:

„Die am 18. Januar 1901 tagende Konferenz beschließt, daß die Vertreter der streitenden Parteien in Leipzig (Verband, Gewerkschaft, Geschäftsleitung und Partei) auf Grundlage des Vorschlages des Fraktionsvorstandes vom 5. Dezember 1900 zu einer Verständigung zusammenzutreten mit der Maßgabe, daß zunächst die noch arbeitslosen ausständigen Mitglieder des Verbandes in der Buchdruckerei der L. V. wieder Stellung finden, soweit die Beteiligten dieses wünschen.“

Diese Resolution haben Döblin, Eisler und ich zugestimmt, um damit die Wege zu einer Verständigung zu ebnen, um eine Grundlage zu erneuten Verhandlungen zu schaffen. Diese Resolution konnte aber nicht bindend für uns sein, sie war mehr ein taktischer Zug, um uns nicht den Vorwurf zuzuziehen, daß wir jeder Verständigung abgeneigt seien. Ebenso wie der Abg. Geyer in der Stütteriger Versammlung erklärte, daß der Fraktionsvorstand mit seinem Vermittlungsvorschlage vom 5. Dezbr. die Parteigenossen nicht zur Annahme desselben habe zwingen wollen, ebenso wenig wollten wir unsere Kollegen zur Annahme dieser Resolution zwingen; sie war lediglich dazu gesagt, um eine Konferenz in Leipzig herbeizuführen. Aber so, wie es in den Druckereien kolportiert wird, daß wir uns gebunden hätten, liegt die Sache durchaus nicht. Auch in der Berliner Konferenz bemühte sich der Abg. Geyer, der Wiedervereinigung zwischen Verband und Gewerkschaft das Wort zu reden, und Pollender äußerte privatim, daß er sich auf den Boden der gegebenen Thatsachen stelle. Döblin hat Herrn Pollender erwidert, daß die Wiedervereinigung von dem fernern Verhalten der Gewerkschafter und der Schreibweise der B.-W. abhängt. Wir haben keine Ursache, so wie die Verhältnisse heute in Leipzig liegen, diese Frage als diskutabel zu behandeln.

Am 24. Januar fand nun in Leipzig eine neue Konferenz statt. Hier erklärten die Vertreter der Partei, daß sie auf dem Boden der Berliner Resolution ständen und weitere Zugeständnisse, als die genannten 12 Ausständigen wieder einzustellen, nicht machen könnten.

Sodann gingen die Meinungen der Berliner Konferenzteilnehmer über die Deklaration des Wortes „zunächst“ weit auseinander. Die Vertreter der Partei behaupteten, das Wort „zunächst“ in der Berliner Resolution sei dahin zu verstehen, daß zunächst 12 der Ausständigen einzustellen und bei späteren Neueinstellungen Verband und Gewerkschaft gleichmäßig zu behandeln seien. Eisler und ich erklärten, das Wort „zunächst“ besage lediglich, daß vorerst 12 und nach und nach die übrigen Ausständigen wieder einzustellen seien. Hätte dieses Wort in Berlin eine andre Deutung erfaßten, so würde man unseits der Resolution nicht zugestimmt haben. Wir brachten nun im Laufe der Diskussion eine Resolution ein (siehe im Leitartikel der heutigen Nummer), die von den Vertretern der Partei als unannehmbar erklärt wurde. Der Vermittlungsvorschlag vom 5. Dez. existierte nach der Ansicht der hiesigen Parteileiter nicht mehr. Nach der Anschauung des Herrn Geyer treffe uns nunmehr die Verantwortung für die weiteren Folgen, die aus der Ablehnung der Berliner Resolution resultieren sollten. Das uns von den Parteivertretern gemachte Angebot, zwölf Ausständige jetzt einzustellen und bei Neueinstellungen in nächsten halben Jahre Ausständige wieder einzustellen, wenn dieselben es wünschten, wurde von uns rundweg abgelehnt, da uns damit keine Garantie gegeben war, daß in nächsten halben Jahre auch Ausständige in der L. V. untergebracht werden wären. Da keine Einigung und namentlich keine Verständigung über die Bedeutung des Wortes „zunächst“ zu erzielen war, und um die Sache nicht ganz resultatlos verlaufen zu lassen, wurden Heinisch und ich beauftragt, zu veranlassen, daß mit den Teilnehmern an der Berliner Konferenz eine solche abermals in Berlin einberufen werde, namentlich um festzustellen, in welchem Sinne die Berliner Resolution gefaßt sei.

Diese neue Konferenz fand denn auch am 2. Februar in Berlin im Reichstagsgebäude statt. Sie unterschied sich nach den vorhergegangenen Konferenzen mit dem Parteivorstande dadurch, daß sich die Stimmung des Parteivorstandes in nicht gerade vorteilhafter Weise für uns geändert hatte. Wir wurden zwar sehr freundlich aufgenommen und Herr Auer unterzog sich der Mühe, uns mit den inneren Einrichtungen des Reichstagsgebäudes bekannt zu machen, im übrigen aber begegnete man uns nicht allzu entgegenkommend. Ein Mitglied des Parteivorstandes (Auer) erklärte im Laufe der Debatte, daß, wenn der Streit so weiter ginge, es Krieg auf der ganzen Linie gebe. Wenn es aber Krieg gebe, dann schließe er (Auer) mit, und wenn einmal Kampf sein solle, dann Kampf bis aufs Messer. Alles wurde in der Debatte hervorgehoben, um uns etwas am Zeuge fassen zu können und wir hatten das Gefühl, daß mit der Konferenz vom 18. Januar uns eine Leimrute gelegt worden war, um bei allem gerade auf diese Konferenz zurückweisen zu

können. Die Konferenz vom 5. Dezember existierte nicht mehr. Bebel erklärte, der Verband könne sich zufrieden geben, da er prinzipiell und moralisch Recht bekommen habe. Während der nahezu sechsstündigen Verhandlungen haben unsere Vertreter sich dreimal zurückgezogen, um den Weg einer Verständigung durch weitgehende Konzessionen zu finden. Es war alles vergeblich. Als letztes Angebot wurde uns eine Resolution unterbreitet (siehe Leitartikel), welche die Leipziger Genossen als für sich bindend erklärten. Zunächst sollten also 12 eingestellt werden, die übrigen 19, soweit dieselben auf eine Neueinstellung reflektieren, „nach Bedarf“. Ja, wenn man das Vertrauen zu den Auftraggebern der Geschäftsleitung haben könnte, daß sie das Vereinbarte auch loyal durchführen würden, hätte man über diese Resolution noch reden können. Daß man nicht loyal vorgehen wollte, ging aus dem Verhalten des Herrn Heinisch hervor gegenüber einer Anfrage, ob, wenn 12 Ausständige eingestellt, dann auch 12 der Eingeperrungen entlassen würden. Doch das will man nicht, um nicht mit der Gewerkschaft zu kollidieren, um diese nicht fallen zu lassen. Es ist nicht mehr als billig, soviel zu entlassen wie eingestellt werden. Nur dadurch wäre auch die Möglichkeit geschaffen, daß noch andere Ausständige hätten wieder eingestellt werden können. Das wollte man nicht und es wäre in Wirklichkeit so gekommen, daß drei oder vier Gewerkschafter entlassen worden wären, auf diese Weise wäre man nicht wieder vor die Frage gestellt worden, eine weitere Kompletierung des Personals vornehmen zu müssen. Wenn diese Befürchtung nicht bestünde, wäre vielleicht eine Einigung zu stande gekommen, diese Befürchtung ist aber da, wie die letzte Parteiversammlung beweist. Was soll, wurde da gefragt, aus den Entlassenen werden, event. müßten sie im Konsumvereine untergebracht werden. Zu der Praxis wäre es aber wohl so gekommen, daß man höchstens einige alte „Genossen“ im Konsumvereine untergebracht hätte und die Neueingetretenen konnten stehen bleiben. Ferner wurde in dieser Versammlung betont, man dürfe die Leute, die unsere Zeitung hergestellt, nicht aufs Messer werfen. Und auch Herr Heinisch meinte, daß Opfer „von uns“ (von der Partei) gebracht werden müßten.

Auch auf der Konferenz vom 2. Februar regte Kressin die Wiedervereinigungsfrage wieder an. Er befürchtete, daß wenn infolge der WiederEinstellung von 12 Ausständigen einige seiner Kollegen entlassen würden, dieselben dann, mit dem Odium des Streikbrechers behaftet, anderwärts kein Unterkommen finden würden. Dieselben müßten als Verbandsmittelglieder aus der L. V. hinausgehen. Es ist diese Erklärung wohl ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaft nur noch ein Scheinleben führt, daß sie zu einer Hausflasse herabgesunken ist. So offen hätte ich die Bankrotterklärung nicht erwartet. Ich will hier erwähnen, daß am Abend vor der Konferenz eine Sitzung der Leipziger Vertreter mit dem Zentralvorstande stattgefunden hat, in welcher die Wiedervereinigungsfrage ebenfalls behandelt worden ist. Hier erhob sich keine Stimme für die Wiedervereinigung, auf dieselbe ist gar nicht zu denken. Das neuerliche Verhalten der Gewerkschafter in der Berliner Versammlung hat dem Faße den Boden ausgeschlagen und die Wiedervereinigung ist weiter in die Ferne gerückt als je. Da wir uns nicht für autorisiert hielten, der mehrfach genannten Resolution zuzustimmen, vielmehr dieselbe erst unseren Kollegen vorlegen würden, gab zum Schlusse der Konferenz Herr Pollender die Erklärung ab, daß er und Kressin an dem Zustandekommen dieser Resolution nicht mitgewirkt hätten. Ausdrücklich wurde hierauf von Singer erklärt, daß die heutige Konferenz der letzte Versuch des Parteivorstandes sei, eine Einigung herbeizuführen, daß weitere Verhandlungen nicht stattfinden und der Parteivorstand sich weitere Schritte vorbehalten würde. Wir haben nun mit den Ausständigen gesprochen. Sie haben die Berliner Resolution abgelehnt. Ueber den Ausständigen steht aber die Mitgliederversammlung. Ich verhehle Ihnen nicht, daß unsere heutige Stellungnahme von weittragender Folge sein kann. Jeder, der heute einem Beschlusse zustimmt, trägt für denselben auch die moralische Verantwortung. Wir legen diese Angelegenheit in Ihre Hände und sind überzeugt, daß Sie einen Beschluß fassen werden, der die Partei- und Allgemeininteressen nicht schädigt, andererseits aber der Ehre und der Würde unserer Organisation entspricht. Vor allem aber bitte ich um eine recht rege Aussprache, sie ist heute notwendiger denn je.

Nach Eröffnung der Diskussion nimmt das Wort Schroeder: Wer sich diesen Kampf vor Augen führt, wird gefunden haben, daß der Verband und speziell die Leipziger Mitglieder alles versucht haben, ein Ende des Kampfes herbeizuführen, das auch gleichzeitig die Ehre und das Ansehen unserer Organisation aufrecht erhalten sollte. Sie haben gesehen, welche Mühe wir uns gegeben haben, den Streit beizulegen. Aber von einer Annahme der Berliner Resolution kann keine Rede sein. Wenn wir aber die Resolution ablehnen, haben wir mit zwei Eventualitäten zu rechnen. Entweder wird der Kampf fortgeführt oder wir stellen ihn ein und lassen die Sperre über die Volkszeitungsdruckerei bestehen. Ich empfehle Ihnen das letztere. Sollten sich aus diesem Beschlusse Konsequenzen ergeben, so werden wir sie zu tragen wissen. Wenn die Sozialdemokratie als solche gegen die Gewerkschaften als solche vorgehen will, so müssen wir unsern Standpunkt fest vertreten und ohne Rücksicht den Kampf aufnehmen. (Bravo!)

Sterbeh: Dieser Kampf ist nicht neu, wir führen ihn seit 17 Jahren in Leipzig. Der frühere Vorsitzende des Leipziger Vereins, Schumann, habe Recht behalten, wenn er s. Z. sagte: Meine Herren, von denselben Arbeitern, denen sie mit einer offenen Hand zu Hilfe kommen, erhalten Sie dafür Prügel. Und wenn ich schon einmal getreten werden soll, dann lieber von einem Lastschiefel als von einem Schmierzettel. Wir haben alles gethan, um jene Leute zu befriedigen, in endlosen Verhandlungen bewiesen, daß wir uns verständigen wollen, und nun kommt man uns mit Drohungen. In dieser Beziehung ist die Partei für mich Luft. Es ist einfach lächerlich: 30000 Verbandsmitglieder gegen die Leipziger Klique. Ich appelliere an Sie als Verbandsmitglieder. Diesen erbärmlichen, schmachvollen Frieden, den uns die Berliner Resolution empfiehlt, können wir nicht eingehen. Seit 17 Jahren werden wir bekämpft, weil wir einen bessern Noth tragen. Jetzt haben wir Gelegenheit, unsern Gegner in die gebührenden Schranken zu weisen. Wenn wir dieser Resolution zustimmen würden, uns von einem solchen Wechselbalg ins Vockshorn jagen ließen, mühten wir Allen, die wir alle Kämpfe und Maßregelungen durchgemacht, uns schämen. In erster Linie kommt für uns der Verband, dann erst alles andere. Lehnen Sie die Resolution einstimmig ab, wir sind keine Kinder, die sich durch Drohungen einschüchtern lassen. Einen so miserablen, schwachvollen Frieden nehmen wir nicht an. Wir wollen keine Verhandlungen mehr, die Volkszeitung bleibt geschlossen, lassen Sie die Streikbrecher, wo sie sind, wahren Sie die Würde der Organisation. Hoch der Verband, nieder mit der Klique! (Lebhafte Weisfall.)

Linke: Seit wir in der letzten Verbandsmitgliederversammlung uns mit dieser Angelegenheit beschäftigt, haben sich die Verhältnisse bedeutend verschoben. Wenn wir uns heute nach Bebel mit dem moralischen Erfolge zufriedener geben sollen, so liegt das daran, weil unsere Kollegen die gegenwärtige Lage mit verschuldet. Gibt es leider doch noch eine Anzahl Verbandsmitglieder, welche ihre Pflicht darin erblicken, die hiesigen Parteiverhältnisse mehr zu untergraben als für uns gut ist. Es wäre lange anders geworden, wenn nicht so Viele in das Horn der Leipziger Parteiklique stoßen würden. Wenn wir die Situation betrachten, so ist zu konstatieren, daß wir bis jetzt eigentlich noch gar keinen Kampf gehabt haben. Wir sind aus Verhandlungen, Sitzungen und Konferenzen noch gar nicht herausgekommen. Das war keine Kampfs-, sondern eine Friedenszeit. Wegen 2 Kollegen sind 29 aus der L. B. herausgegangen, da ist es ganz unmöglich, daß jetzt nur 12 wieder hinein kommen sollen. Nach deren Einzug in die L. B. glaubt wohl keiner der Anwesenden, daß dann auch nur ein einziger noch hineinkommen würde. Jeder, der aufmerksam den Streit verfolgt hat, wird zugestehen müssen, daß wir in puncto des Kampfes viel zu viel Humanität haben walten lassen. Dank dieser Humanität und Nachgiebigkeit sind wir in eine Lage gekommen, die einer Niederlage ähnelt wie ein Ei dem andern. Seinerzeit ist ein Aufruf ergangen, den Abonnementstand der L. B. zu verkleinern und hätte man annehmen müssen, daß alle Kollegen darin einig seien, an dieser Aufgabe mitzuwirken, es hätte aber noch mehr gesehen können. Nicht wie ein Mann hat sich die Kollegenchaft erhoben, sonst wäre mehr Klärung eingetreten. Das eine steht aber fest, daß unsere Kollegen bei ihrem Austritte aus der L. B. alle Hoffnungen darin gelassen haben, niemals wieder dort Arbeit zu erhalten. Die Resolution muß abgelehnt und die Druckerei geschlossen bleiben.

Waage: Durch die Berichterstattung des Kollegen Engelbrecht ist uns eine herbe Enttäuschung bereitet worden. Wir brauchen aber nicht auf das zu hören, was die Herren in Berlin beschlossen haben. Wir behaupten unsern Standpunkt. Wenn unsere Führer keine Verschleppungstaktik befolgt hätten, wären wir heute die Sieger. Werfen diejenigen, die etwas anderes sein wollen als wir, uns den Fehlschuss hin, gut, dann heben wir ihn auf. Die L. B. aber möge ihren Kitzel umtauschen in Hauptorgan der Großmänner und Streikbrecher. (Weisfall und Heiterkeit.)

Wylau: Nach dem mit großem Aplomb in Szene gesetzten Kampfe, nach dem schwachvollen Verhalten der Leipziger Genossen in der Versammlung im Albertgarten begreife ich nicht, wie unsere Kollegen wieder Verhandlungen anknüpfen konnten. Gerade im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung müssen wir die Leipziger Klique unterwerfen. Wir thun der Leipziger Arbeiterschaft nur einen Gefallen, wenn wir ihr zeigen, wie sie geleitet werden soll. Der Kampf muß zu Ende geführt werden. (Weisfall.)

Höckhorn: Der Kampf ist in ein Stadium getreten, daß er mit einem Fiasko für die Ausständigen endigen würde, wenn Leipzig der Berliner Resolution zustimmen würde. Die heutige Versammlung hat als maßgebender Faktor darüber zu entscheiden. Der Parteivorstand hat in der Konferenz vom 5. Dezember klipp und klar erklärt, daß es erklärlich sei, wenn die Verbandsmitglieder solidarisches vorgingen. Damit ist gesagt, wir sind vollständig im Rechte. Redner erläuterte verschiedene Widersprüche im Vermittlungsvorschlage des Fraktionsvorstandes am 5. Dezember und meinte, wir würden uns ins Gesicht schlagen, wenn wir die Berliner Resolution als acceptabel und empfehlenswert zur Annahme brächten. Wir wollen vorläufig in der Defensive verharren. Sollte es aber die Leipziger Sozialdemokraten wieder gestilten, uns anzugreifen, dann werden noch andere Dinge zur Sprache gebracht werden als die Affäre Schoenant-Kapfenstein. Ich

empfehle Ihnen, die Resolution abzulehnen. Wenn nicht alle wieder hinein kommen, dann lieber gar keiner.

Engelbrecht: Es ist folgende Resolution eingegangen: Die heute im Saale des Kristallpalastes tagende Versammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker- und Schriftsetzergehilfen erklärt im Einverständnis mit den Beschüßten der Ausständigen sowie der Vertrauensmänner bezüglich des letzten am 2. Februar in Berlin von dem Vorstände der sozialdemokratischen Partei sowie der Leipziger Geschäfts- und Parteileitung zwecks Beilegung des Konfliktes mit der Leipziger Volkszeitung angebotenen Vermittlungsvorschlages, nach welchem innerhalb 14 Tagen 12 der Ausständigen, die übrigen 19 aber zuerst und ausschließlich bei eintretenden Bedarf und soweit es von den Ausständigen gewünscht wird, mit allen ihren Rechten bezw. der Entlohnung und Anciennität eingestellt werden sollen, diesen Vermittlungsvorschlag abzulehnen, weil derselbe

1. nicht das erfüllt, was in dem Vermittlungsvorschlage des Parteivorstandes vom 5. Dezember 1900 vom Parteivorstand selbst prinzipiell und moralisch als Recht anerkannt worden ist, das Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung wie die Ehre und Würde unserer Organisation aber es erfordern, daß einem Arbeitergeschäft gegenüber nicht vom Rechtsstandpunkte abgewandt wird, zu dessen Verteidigung und Wahrung es ja geründet und berufen ist, und

2. die Annahme dieses letzten Vermittlungsvorschlages unsererseits bei den Leipziger Partei- und Geschäftsvorständen nur die Quelle neuer Konflikte werden würde, für deren event. sachgemäße und gerechtere Beilegung uns die heutigen leitenden Personen keinerlei Garantie bieten.

Auf Grund des Vorstehenden erklärt die Versammlung weiter:

Da keine Aussicht besteht, daß die Leipziger Partei- und Geschäftsleitung durch eine Fortsetzung des Kampfes, wie bisher geschehen, unsererseits zu einer Anerkennung des Rechtsstandpunktes, wie er durch den Vermittlungsvorschlag des Parteivorstandes vom 5. Dezember 1900 festgestellt ist, gezwungen werden kann, weiter aber der Parteivorstand erfahrungsgemäß nicht die Macht hat, die dem Rechtsstandpunkte bei seinen Leipziger Genossen Geltung zu verschaffen, so begnügt sich die Versammlung mit der Feststellung und Anerkennung des prinzipiellen und moralischen Rechtes, stellt im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung den Kampf in der bisher geführten Weise ein und sperirt die Druckerei der Leipziger Volkszeitung für Verbandsmitglieder, für welche die Leipziger Volkszeitung usw. Blätter bleiben, welche durch Arbeitswillige der schärfsten Sorte hergestellt werden und die demgemäß weber durch Abonnement noch sonstwie unsererseits unterstützt werden können."

J. A.: A. Vogenitz. Da ich mich in der Rednerliste einzeln nicht, will ich gleich noch auf Verschiedenes eingehen. Es ist gesagt worden, daß die Zeitung sich eine Verschleppungstaktik habe zu schulden kommen lassen und daß man es hätte ablehnen müssen, an so viel Konferenzen teilzunehmen. Ich stelle fest, daß von uns niemals das Ansehen gestellt worden ist, auf diese Weise den Kampf beizulegen. Die Berliner Konferenz am 18. Januar ist von uns beschickt worden auf Wunsch des Kollegen Döblin. Es wäre unsererseits nicht klug gewesen, alle Verhandlungen abzulehnen. Unserseits ist niemals darauf gedrungen worden, wir haben diese Konferenzen nicht verursacht, aber ablehnen konnten wir sie nicht. Nachdem festgelegt, daß keine weiteren Verhandlungen stattfinden sollen, ist für uns klar. Wenn gesagt wurde, wir hätten in diesem Kampfe keine Erfolge erzielt, nun, da bin ich anderer Meinung. Gätten wir keine Erfolge erzielt, so würde sich wohl schwerlich der Parteivorstand mit uns wiederholt zusammengesetzt haben. Der Streit ist eben unangenehm für die Gesamtpartei geworden. Durch die Affäre Schoenant mußte die Gesamtpartei eingreifen. Es ist keine lokale Angelegenheit mehr, wenn sich fast jede Woche der Reichstag damit beschäftigt, wenn die gelesesten Wochblätter über die "Affäre" herfallen. Diese Erfolge fürchtet die Partei und vor allem fürchtet sie, es könnten noch mehr solcher Bomben gelassen kommen. Wenn also gesagt wird, wir hätten keine Erfolge erzielt, so ist das eine Verkennung der Thatfachen. Auch bezüglich der Abnahme des Abonnementstandes der L. B. sind die von uns herbeigeführten Erfolge nicht so minimal, wie den Leipziger Genossen glauben zu machen versucht wird. Angeblich sollen nur 200 Buchdrucker die L. B. abbestellt haben, in Wirklichkeit aber hat der Redakteur Pollender vor Wochen bereits einem Verwandten in Magdeburg gegenüber zugegeben, daß die L. B. durch den Konflikt 1200 Abonnenten verloren habe. Ferner kommt noch ein weiteres Faktum in Betracht. Bekanntlich werden in der Druckerei der L. B. auch verschiedene Gewerkschaftsblätter hergestellt, so z. B. das Organ der Guttmacher, der Correspondent, u. s. w. heutiger Nummer ist folgende Traueranzeige enthalten:

"An unsere Leser. Der "Correspondent" wird jetzt wieder in Altenburg gedruckt. Bestimmend, Drucker und Druckort zu wechseln, war der Umstand, daß der Druck des Blattes in Altenburg vorteilhafter ist. Der Konflikt in der Leipziger Druckerei, zwischen einem Teile der Arbeiter und der Geschäftsleitung, war auf

die erfolgte Venderung ohne Einfluß. Wird durch den Druckereiwchsel zugleich einem fruchtlosen und schädlichen Streite in Mitgliederkreisen der Boden entzogen, dann um so besser. Selbstverständlich hat der "Correspondent" keine Ursache, die "Leipziger Streiftrage" aufzurollen, ebensowenig hat er nach Prüfung des Thatbestandmaterials Anlaß gefunden, gegen die Leipziger Druckerei Stellung zu nehmen. Dies sei hiermit ausdrücklich konstatiert! Die Druckausführung des "Correspondent" in Altenburg erfolgt weder aus Liebe, noch aus Haß gegen eine der streitenden Parteien, sondern nur aus Gründen rein geschäftlicher Natur. Redaktion und Verlag des "Correspondent".

Die "Gründe rein geschäftlicher Natur", die es erheischen, daß mit Nr. 6 des neuen Jahrganges plötzlich eine Druckverlegung aus einer Stadt in eine andre stattfindet, können über die wahren Gründe nicht hinwegtäuschen. Man befürchtet mit Recht, daß, wenn in dieser Beziehung nicht eine Venderung eintritt, der Streit in das eigne Lager getragen wird. Die Zeitung hat daher klug gethan, den Druck in eine neutrale Druckerei zu verlegen. Angesichts der Thatfache, daß das Guttmacher-Organ aus der Druckerei der L. B. weggenommen ist, lassen uns die deshalb gebrauchten Ausreden kalt. Bezüglich des gleichfalls in dieser Druckerei hergestellten Organs der Tabakarbeiter, dessen Redakteur Herr Abg. Geyer ist, haben sich auch bereits in Tabakarbeiterkreisen Stimmen erhoben, daß dieses Blatt in der bisherigen Druckerei nicht mehr gedruckt werden soll. Weiter habe ich noch eine Angelegenheit zu erwähnen, die mich persönlich betrifft. Ich habe in einer früheren Versammlung die Behauptung aufgestellt, daß unter den Hausrentnern in der L. B. sich Leute befinden, die bereits dreimal den Streikbrecher gemacht haben. Die Arbeitswilligen haben eine Ehrenerklärung erlassen, daß noch keiner von ihnen bis jetzt Streikbrecherdienste geleistet hätte und die B.-B. nennt mich einen gemeinen, frechen Lügner, wenn ich für meine Behauptungen nicht den Beweis antrage. Ich will nun das Versäumte heute nachholen. Ich hätte es schon im Albertgarten gethan, wenn die Genossen nicht die Versammlung gesprengt hätten. Da ist zunächst ein ehemaliger sozialdemokratischer Sigrebatteur namens Albert Kahl, der 1891/92 fünf bis sechs Wochen als Streikbrecher in der Buchdruckerei von Freter hier gearbeitet hat. Ich habe diese Kenntnis aus eigener Beobachtung und sie ist mir erst jetzt wieder von verschiedenen Seiten bestätigt worden. Dieser Herr genügt jetzt seiner parteigenösslichen Pflicht als Streikbrecher in der L. B. Weiter sind mir die verschiedenen Daten über den Streikbrecher Richard Schönau mitgeteilt worden. Es wird mir in dieser Sache aus Stettin geschrieben:

"Der Seher Richard Schönau, geb. Stettin 13./8. 66 (früher Nr. 24978), stand 1891 in Stettin bei Eusenbeth, bezahlte Eintrittsgeld und einen Beitrag, erhielt beim Streik 3 bis 4 Wochen volle Unterstützung und trat dann als Streikbrecher bei Ernst Genzgenhohn hier in Kon-dition. 1894 bei der Bewegung trat das gesamte Personal aus, Sch. trat nach 2 Wochen Unterstützung in dieselbe Kon-dition für 18 Wk. zurück. Er mußte dieselbe später verlassen, ging nach Berlin und trat nach seiner Rückkehr in Stettin bei Fritz Herbert in Kon-dition, um am 24./4. 98 mit dem gesamten dortigen Personal (alles seinesgleichen) als zielbewusster Genosse zur Gewerkschaft überzutreten, einem sanften Drucke folgend. In diesem Jahre erhielt er seinen wohlverdienten Tritt, ging dann nach Berlin, um jetzt in Leipzig zum dritten Male den Eiskoch zu spielen."

Ein dritter dieser Herren, der Seher Max Göritz aus Altitz, erhielt am 24. Oktober 1898 in Stettin einen Vor-schub zum Antritte einer Kon-dition von 20 Wk. Nach mehrfachen Mahnungen kam dann die Nachricht, daß G. mit einem Restbetrage von 6 Wk. aus dem Vereine aus- und zur Gewerkschaft übergetreten war.

Es wird seitens des Parteivorstandes Wert darauf gelegt, daß die Streikbrecher in der L. B. von den ge-wöhnlichen Streikbrechern ausgeschieden werden müßten. In Wirklichkeit unterscheiden sich diese Leute von den landes-üblichen Streikbrechern nicht im geringsten.

Reyhäuser ergänzt die Ausführungen Engelbrechts in verschiedenen Punkten, geht des längern auf die prinzipielle Bedeutung des gegenwärtigen Kampfes ein, weist den Vorwurf der Verschleppungstaktik energisch zurück, bekräftigt das Verhalten des Parteivorstandes und seiner Mitglieder Bebel und Auer in der schwebenden Streitfache und empfiehlt zum Schlusse die Einstellung des Kampfes, so wie er bisher geführt wurde, und die weitere Sperrung der Volkszeitungsdruckerei.

Weber: In der eingebrachten Resolution heißt es: Im Interesse der allgemeinen Arbeiterschaft stellen wir den Kampf ein. Diese allgemeine Arbeiterschaft hat bis jetzt gegen uns und unsre Tarifgemeinschaft angeknüpft. Wir haben keine Veranlassung, in deren Interesse den Kampf einzustellen. Wozogen bewirkt uns diese allgemeine Arbeiterschaft doch wieder mit Schmuß. Ich bitte, die letzten zwei Absätze in der Resolution zu streichen und den Kampf fortzuführen. Sonst könnten wir auch sagen, wir stellen den Kampf ein im Interesse der weitern Ausbildung der Streikbrecherkolonie in der L. B.

Vogenitz: Ich habe bei Beginn des Ausstandes, in der ersten hier stattgefundenen Versammlung erklärt, daß es mir als Parteigenosse schwer gefallen sei, den Schritt zu thun, zu welchem wir provoziert wurden, aber das durch die Leipziger Partei- und Geschäftsleitung verlegte Recht

erforderte denselben. Der Vermittlungsvorschlag des Parteivorstandes vom 5. Dezember stellte das verleihte Recht wieder her, die Leipziger Parteigenossen aber lehnten diesen Vermittlungsvorschlag ab. Der neue Vermittlungsvorschlag ist keine Herabsetzung des Rechts, sondern eine Beugung desselben und gegen diese muß ich mich als Verbandsmitglied und Parteigenosse, als der ich mich fühle, erklären. Denn wie will die Partei die Rechte der Arbeiter wahren und verteidigen, wenn sie in ihren eignen Reihen das Recht beugt und diesem selbst keine Anerkennung zu verschaffen im Stande ist? Aus diesem Grunde bin ich gegen die Annahme des letzten Vermittlungsvorschlages und empfehle ihnen die von mir im Auftrage der Anständigen und der Vertrauensmänner ausgearbeitete und eingebrachte Resolution. Wenn in derselben gesagt wird, daß mit der Annahme des letzten Vermittlungsvorschlages nur eine neue Duellle von Verwickelungen geschaffen würde, so legt hierfür das beste Zeugnis das Verhalten der Anständigen ab, unter denen ich Unfrage hielt, von denen aber keiner zu den 12 gehören will, die in das Geschäft unter den jetzigen Verhältnissen hineingeboren sollen. Jeder sagt sich eben, daß es mit den zielbewußten Arbeitswilligen zu Verwickelungen, ja vielleicht zu noch mehr kommen könne, bei denen über Recht oder Unrecht die Seyffertz, Lehmann, Meyer usw. im Vereine mit den Leipziger Parteigenossen zu befinden haben. Wie dieser Befund ausfallen wird, unterliegt für mich keinem Zweifel — man wird uns ins Unrecht setzen und dann hat man uns da, wohin man uns zu bringen sich bisher vergeblich bemüht hat. Wenn in der Resolution weiter gesagt wird, daß wir den Kampf in der bisherigen Weise im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung einstellen, so empfehlen wir dieses, weil wir nicht Streitigkeiten in denjenigen Organisationen herbeiführen wollen, die bisher auf unserer Seite gestanden und, wie beispielsweise die Holzarbeiter- und Buchbinder-Zeitung, dafür von ihren Leipziger Gewerkschaftsmitgliedern angegriffen wurden. Mit der Stellungnahme des Parteivorstandes gegen uns würden wir diese Angriffe nur vermehren und der Streit auch in andere Mitgliedschaften getragen werden, was uns nichts nützen, wohl aber schaden könnte. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Resolution so anzunehmen, wie sie vorliegt.

Eichler: Verhandlungen für die Kollegenchaft zu führen ist sehr schwer und trägt in der Regel noch Vorwürfe ein, nichtsdestoweniger waren wir geneigt, unter halbwegs annehmbaren Bedingungen Frieden zu schließen. Es mußte aber bei dem mangelnden Entgegenkommen hier einmal ausprobiert werden, wie weit der Arbeitgeber „Partei“ in vorliegendem Falle wohl gehen würde. Die vor uns liegenden Tatsachen beweisen allerdings, daß die Geschäftsleitung der L. B. sich in gar nichts von einem andern Unternehmer unterscheidet. Wenn Herr Heinitz auf die Anfrage, ob er eine befriedigende und bindende Erklärung darüber abgeben könne, daß die vorliegende Resolution auch legal und loyal zur Verwirklichung gelange, eine absolut nichtsagende, also unbefriedigende Aeußerung that und damit das schon vom Kollegen Rezhäuser angeführte Urteil des Herrn Auer über die rhetorischen „Fähigkeiten“ des Geschäftsführers der L. B. herausforderte, so muß ja Herr Auer seine Genossen kennen; ich bin aber weiter der Ueberzeugung, daß die Antwort Heinitz' so unklar sein sollte und mußte, um in Wirklichkeit doch nach eigenem Gutdünken und nach der schon bekannten Leipziger Praxis verfahren zu können. Der Leipziger Fall hat wieder einmal dem geflügeltesten Worte Recht gegeben, daß der Arbeiter der schlechteste Arbeitergeber ist. Weiter müßte hier — wie in Berlin — offen ausgesprochen werden, daß die Gesamtpartei und die Parteileitung einen Teil der Schuld an den unglücklichen Verhältnissen in Leipzig trage; denn die letztere hat weder den sonst so streng bewachten Parteitagsbeschlüssen noch den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse bei den Leipziger Genossen Beachtung abringen können. Ohne sich in die gewerkschaftlichen Angelegenheiten zu mischen, hätte die Parteileitung doch die geradezu auffällige Begünstigung der Buchdrucker-Gewerkschaft und deren Bestrebungen durch die Parteipresse sowie Parteibrudereien in ihren notwendigen schädigenden Konsequenzen beleuchten bzw. ihr entgegenzutreten sollen, weshalb ich wünsche, daß in der Resolution vom Kollegen Wogenitz dieses Moment Ausdruck finden möchte.

Zeißig: Wer die letzten drei Wochen ein aufmerksamer Beobachter war, wird zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß hinter den Kulissen etwas Spielte, was die Kollegenchaft nicht erfahren sollte. Statt daß die Sprengung der Albertgarten-Versammlung mit einer energischen Agitation, Flugblätter u. dgl. beantwortet worden wäre, hüllte man sich in tiefes Schweigen. Heute wird uns nun eine Resolution unterbreitet, wir sollen den Kampf gegen die L. B. einstellen. Wenn wir die Rede des Kollegen Engelbrecht vom Dezember mit der heutigen Resolution vergleichen, so muß gesagt werden, daß er Angst bekommen hat infolge der Drohungen des Parteivorstandes. Wenn Auer sagte, daß bei einer Fortsetzung des Kampfes gegen die L. B. der Kampf bis aufs Messer seitens der Partei gegen uns geführt würde, so erinnert das an einem Ausspruch von anderer Seite: Wer sich mit entgegenstellt, den zerstückt er. Heute nimmt Auer denselben Standpunkt ein. Wir haben keine Ursache, den Kampf einzustellen. Bei der Tarifrevision kann uns die Partei weder etwas nützen noch schaden. Höchstens können ihre zielbewußten Streikbrecher die Stellen besetzen, die unsere Kollegen im Kampfe

aufgeben müßten. Und selbst wenn in Zukunft die ganze Parteipresse über uns herfällt, dann wird es hoffentlich auch noch in der Sozialdemokratie Männer geben, die es ablehnen, die Macht über das Recht zu stellen.

Engelbrecht: Es kann uns nur freuen, wenn Sie Ihrer Entrüstung Ausdruck geben, nur wollen Sie die tatsächliche Lage nicht verschleiern. Frieden schließen wir ja gar nicht. Wir füttern nur aus Fluchtgründen den Kampf. Klipp und klar heißt es in der Resolution, daß die L. B. durch „Arbeitswillige der schlimmsten Sorte“ hergestellt wird. Damit ist unser Standpunkt gegeben. Aber wir müssen vermeiden, was uns nachteilig ist. Bis jetzt haben wir immer nachgewiesen, daß die Leipziger Partei sich im Unrecht befindet. Und wir sind dabei nicht schlecht gefahren. Der Parteivorstand hat nicht aus Liebe uns Recht gegeben, sondern weil er uns prinzipiell und moralisch Recht geben mußte. Der Friede selbst wird nicht eher wieder hergestellt, bis der Ehre und Würde unserer Organisation Genugthuung gegeben ist. Auf das lappige Angebot der Berliner Konferenz gehen wir nicht ein, da geht eben lieber keine in die Druckerei. So lange nicht zwingende Gründe vorliegen, werden wir vorläufig den Kampf in der bisher geführten Weise nicht wieder aufnehmen, das ist der Sinn der Resolution. Wir werden Dinge, wie z. B. die Affaire Schoenlant, auszusprechen haben. Das thut unserer Würde keinen Abbruch.

Nach Einschaltung eines Zusatzantrages Eichler und eines solchen von Rezhäuser sowie Ablehnung der von Weber und Zeißig beantragten Streichungen wurde die Resolution Vogenitz, wie sie oben abgedruckt ist, gegen vier Stimmen angenommen.

Damit war die Berliner Resolution gefallen und auch der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt.

Der dritte Punkt erledigte sich durch die Aufstellung der Kandidatenliste zur Vorstandswahl. Dieselbe enthält folgende Namen: Als 1. Vorsitzenden: Karl Engelbrecht, als Kassierer: Wilh. Nitschke; als weitere Vorstandspersonen: Richard Schülper, Carl Koff, Max Leonhardt, Albin Zahn, Eduard Basse, Karl Römer, Felix Schröder, Georg Albert, Max Franke, Aug. Hense, Pöhlmann, Bernh. Hiller, Rich. Berguer.

Zum 4. Punkte, Entreeverhältnisse zum Stiftungsfeste, wurde beschlossen, wie im Vorjahre zu verfahren. Mitglieder zahlen einschließlich einer Dame 50 Pf., Gäste 1 Mk., Extra-Damen 25 Pf.

Der 5. und letzte Punkt der Tagesordnung erledigte sich durch Annahme des Vorstandsantrages, den konditionslosen Kollegen zum Stiftungsfeste eine Extra-Unterstützung von 2 Mk. zu gewähren.

Der Vorsitzende Engelbrecht macht noch darauf aufmerksam, daß in 14 Tagen eine sehr wichtige Versammlung stattfindet, eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung, die sich mit der bevorstehenden Tarifbewegung zu befassen hat. Mit dem Hinweis, diese für die fernere Gestaltung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen so überaus wichtige Versammlung recht zahlreich zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Erklärung!

In Nr. 11 des Corr. vom 26. Januar befindet sich ein mit B. in Z. unterzeichneter Artikel „Zur Tarifrevision“, in dessen Ausführungen u. a. gegen das Leipziger Schiedsgericht der Vorwurf erhoben wird, als habe es seine Mitwirkung zur Beseitigung regelmäßiger Ueberstunden verweigert. Da weder uns noch dem Leipziger Schiedsgericht hiervon etwas bekannt war, so haben wir durch Vermittlung der Korrespondenz-Redaktion festgestellt, daß der Artikelschreiber sich für seine Ausführungen auf einen Leipziger Versammlungsbericht aus dem vorigen Jahre stützt, in welchem gehilfenetzigt Klage geführt wird über die wiederholte Verschleppung von Klagen durch das Leipziger Tarif-Schiedsgericht. Der Artikelschreiber irrt aber in seiner Schlussfolgerung aus jenem Versammlungsberichte insofern als:

1. Das Schiedsgericht nicht funktioniert hat, weil es sich um die Beseitigung regelmäßiger Ueberstunden gehandelt hat,
2. daß in dem angezogenen verschleppten Klagefalle es sich nicht um Ueberstunden, sondern um die Nichtbezahlung der Pausen bei Ueberstunden gehandelt hat, und
3. daß auch wegen der Pausen bei Ueberstunden das Schiedsgericht nicht in den Stand versetzt worden ist, zu verhandeln.

Die gehilfenetzigt beklagte Verschleppung von Verhandlungsgegenständen ist übrigens sofort nach eingereichter Beschwerde zum Gegenstand von Unterhandlungen mit den Prinzipals-Schiedsrichtern gemacht worden, die ergeben haben, daß eine absichtliche Verweigerung der Verhandlungstermine nicht vorgelegen hat. Es ist aber gleichzeitig Vorfrage getroffen worden, daß auch solche Störungen in der Geschäftsführung der Schiedsgerichte nicht mehr eintreten können.

Da wir überzeugt sind, daß es nicht in dem Willen des Artikelschreibers gelegen, falsche Behauptungen aufzustellen, so haben wir selbst diese Klarstellung vorgenommen, um einer weiteren Verbreitung von Unrichtigkeiten vorzubeugen.

Berlin, 7. Februar 1901.

Tarif-Amt der Deutschen Buchdrucker.

S. U.: Paul Schliebs.

Berlin. Der Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 22. Januar in den Arminhallen eine über Erwartung äußerst zahlreich besuchte Versammlung ab. Vor Eröffnung der Tagesordnung gab der Vorsitzende den Mitgliedern Kenntnis von dem erfolgten Ableben der Kollegen Zander, Bied und des Zivaliden Vader; zu Ehren der Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Alsdann erstattete der Vorsitzende Bericht in eingehender Weise über den Verlauf des Kongresses, er kam in seinem etwa einstündigen Referate nochmals näher auf die Erledigung der vorgelegenen Anträge zu sprechen, seine Ausführungen deckten sich jedoch größtenteils mit dem schon im Corr. veröffentlichten ausführlichen Berichte vom 3. Schriftgießerkongresse. Betreffs des Normaltarifes hob Redner aber besonders hervor, daß nach den gegebenen Situationsberichten und den gemachten Ausführungen der Delegierten die Einführung des Normaltarifes unmöglich sei, da bei der fortschreitenden Reichtum im Schriftgießereibetriebe es sich notwendig machen würde, alle fünf bis sechs Jahre einen neuen Normaltarif auszuarbeiten. Die Einführung eines Normaltarifes würde auch aus anderen nachfolgenden Gründen für die meisten Gewerkschaften eine Schädigung bedeuten. Eine Verkürzung der Arbeitszeit mache sich immer dringender notwendig, erweist wegen der flauen Geschäftslage und der Konkurrenz der Feilengieß- und Seilmaschinen, zweitens aber, um den konditionslosen Kollegen Gelegenheit zu geben, sich über Wasser zu halten und dadurch den Arbeitsmarkt zu entlasten; in einzelnen Gewerkschaften sei eine Verkürzung der Arbeitszeit bereits eingeführt. Ferner ist die Erhöhung des gewissen Geldes ebenfalls zur Notwendigkeit geworden, einerseits wegen der hohen Wohnmieten, Steuern usw., andererseits aber wegen der horrenden Lebensmittelpreise, Verteuerung der Brennmaterialien usw. Familienväter mit fünf bis sechs Kindern sind absolut nicht im Stande, auch jenseitig den Lebensunterhalt bei dieser Teuerung zu bestreiten und deshalb ist eine Erhöhung des gewissen Geldes nicht nur berechtigt, sondern notwendig. Das Referat fand allseitig Anerkennung. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erbat Kollege Düjon zur Aufklärung resp. Nichtigstellung einzelner sehr wichtig und weittragender Punkte des in Nr. 9 des Corr. veröffentlichten Berichtes vom 3. Schriftgießerkongresse, welcher in allzu graffer Weise gegen seine Person zu Felde zieht, das Wort. Redner präziserte neben ihm zur Last gelegten Fall in der eingehendsten Weise, wodurch den Anwesenden schließlich die üble Nachrede begrifflich ersahen; Redner verlas einen von Hamburger Kollegen eigenhändig unterzeichneten Brief sowie einige aus früherer Zeit datierte Corr.-Abschnitte, erklärte ferner, er sei stets bestrebt gewesen, Mißstände aufzudecken und aus der Welt zu schaffen, dadurch aber dem Herrn Prinzipal Genzsch unbequem und lästig geworden, was schließlich seine Entlassung resp. Maßregelung zur Folge hatte; die letzten Ausführungen wurden von Entrüstungsrufen begleitet. Kollege Düjon stellte auch ganz entschieden in Abrede, Herrn Genzsch seinerzeit das gedruckte Kongressprotokoll vorgelegt und auf verschiedene Positionen hingewiesen zu haben, wie auf dem Kongresse von Hamburger Vertretern ausgeführt wurde; diese Beschuldigung stellte Redner als wissenschaftliche Unwahrheit hin. Die einseitige und allzu traffe Berichterstattung bezüglich der Angelegenheit Genzsch & Hense contra Düjon wurde von allen Rednern scharf verurteilt. Damit war diese Sache erledigt, weiteres ist aus der in Nr. 12 des Corr. von D. selbst eingekommenen Berichtigung ersichtlich. Hierauf Schluß der Versammlung.

Breslau. (Maschinenmeisterverein. Generalversammlung am 27. Januar.) Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresberichte ist zu entnehmen, daß die Geschäfte in 1 Generalversammlung, 8 Ordentlichen Versammlungen und ebenso viel Vorstandssitzungen erledigt wurden. Ein Ausschneidekursus wurde abgehalten; diesmal beteiligten sich die Lehrlinge, welche im letzten Lehrjahre stehen, daran. Der Mitgliederstand beträgt 39 hiesige, 3 auswärtige und 1 Ehrenmitglied. Der Vorsitzende schloß seine Ausführungen mit einem Hoch auf den Verband. Dem Kassierer wurde nach Rechnungslegung Decharge erteilt. Als Vorsitzender wurde gewählt: Paßke, Adalbertstr. 25; als Kassierer: Schönborn, Waterloostr. 8. L. Nach längerer Debatte über das Zirkular der Zentralkommission wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Gehilfenvertreter werden ersucht, bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen für folgende Punkte einzutreten: 1. für die Abschaffung der Ausnahmebestimmungen für Maschinenmeister (Noten zu § 31 des Tarifes); 2. für die Gleichstellung der Lehrlingsflata zwischen Seker und Drucker; 3. für Erhöhung der Grundposition um 10 Proz. und Neuregulierung der Lokalzuschläge; 4. Es dürfen nur gelernte Maschinenmeister an der Maschine beschäftigt werden und die ungelernen Arbeiter, welche augenblicklich vollständig selbständig an der Maschine arbeiten, haben zum mindesten das ortsübliche Minimum zu erhalten.“ Die Generalversammlung ist nicht für Abhaltung eines Kongresses. Die Bestrebungen der Braunschweiger Kollegen betreffs Sonderstellung der Maschinenmeister können die hiesigen Maschinenmeister nicht unterstützen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten folgte Schluß der Versammlung.

S. Breslau. Die am 3. Februar tagende Mitgliederversammlung des Vereins der Schriftgießer, Stereotypen- und Galvanoplastiker befaßte sich zunächst mit der Berichterstattung vom Schriftgießerkongresse. Da sich der Bericht, welchen Kollege Liebtanz gab, im allgemeinen mit dem im Corr. bereits veröffentlichten deckte, können wir von einer Wiederholung desselben wohl absehen. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß das Gewißheit in Breslau nicht, wie berichtet, von 25 auf 30 Mk. gestiegen sei. Dies sei nur in einer Gießerei, der von Graf, Bartsch & Co., der Fall, in der Gießerei von Schottlaender werde nach wie vor nur das Minimum des Buchdrucker-tarifes (24,15 Mk.) bezahlt. Weiter wurde bedauert, daß sich der Kongreß in der gerade für Breslau bedeutsamen Frage betr. Haus- oder Konkurrenzgießerei nicht präzisier ausgesprochen hat. Wenn ferner in dem Berichte gesagt wurde, daß auch in Breslau gemäß einem Kongreßbeschlusse die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen organisiert seien, so trifft dies nicht zu. Mäntliche Hilfsarbeiter in Gießereien gibt es in Breslau nicht und bei den weiblichen sei des fortwährenden Wechsels wegen keine Organisation zwecklos. Bei der Kenntnisnahme der Ablehnung des Antrages Breslau, das Gießen von Defekten, Schrift wie Ausschluß unter einem Viertelgeviert sei doppelt zu bezahlen, wurde betont, daß wohl in großen Gießereien der Schaden, den die Kollegen bei dieser Arbeit erleiden, sich durch event. Vorteile bei anderen Positionen leicht ausgleiche, dies aber für Breslau nicht geht, da bei dem wenigen Vorkommen von besseren Arbeiten und bei der geringen Anzahl der beschäftigten Personen ein Teil fast jahraus jahrein diese benachteiligende Arbeit verrichten müßte. Ihr Mißfallen sprach die Versammlung über die bei dem Situationsberichte aus München zur Sprache gekommenen Mißstände in Münchener Gießereien aus. Damit war dieser Punkt erledigt. Unter Mitteilungen erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Drucklegung der Statuten im Sommer, also in der sogenannten schwachen Zeit, erfolge. Hierbei wurde beschlossen, die Statuten noch einmal durchzusehen und zwecks Ersparnis an Druckkosten möglichst zu kürzen. Diese Arbeit wurde einer aus drei Kollegen bestehenden Kommission übertragen. Ferner wurde auch die Sicherstellung des Vereinsvermögens beraten und beschlossen. Nachdem noch eine lokale Angelegenheit besprochen und die nächste Versammlung auf den 3. März anberaumt war, wurde die Versammlung geschlossen.

Dresden. (Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker.) In der am 20. Januar abgehaltenen Versammlung, in welcher der Konflikt in einer hiesigen Galvanoplastischen Anstalt zur Sprache kam, welcher inzwischen aber geregelt ist, hielt der Obmann der Zentralkommission, Kollege Teck aus Berlin, einen längeren Vortrag über Zwecke und Ziele der Organisation, dabei betonend, daß nur durch festes Zusammenhalten etwas erreicht werden könne. Er bedauerte, daß die Kollegen aus den Dresdener Nachrichten, welche wegen persönlicher Reibereien aus dem Vereine ausgeschieden, trotz schriftlicher Einladung nicht erschienen waren, außer einem Kollegen, welcher sich auch wieder zur Aufnahme meldete. Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Teck für seine Ausführungen, nachdem derselbe noch einige Aufklärungen über Kalander- und Treibereotypie gegeben. Weiter wurde beschlossen, statt des Familienabends einen Sommerausflug zu unternehmen und ein Kollege beauftragt, die Restanten in Weissen und Pirna einmal an ihre Pflicht zu erinnern und aus ihrer Lethargie aufzurütteln.

Fenchbach. Alljährlich sieht sich die hiesige Mitgliedschaft veranlaßt, im Interesse der Kollegenchaft einen Jahresbericht zu veröffentlichen, um jeden Kollegen mit den hiesigen Verhältnissen einigermaßen vertraut zu machen. Die Arbeitszeit und Bezahlung ist durchweg tarifmäßig und stehen in vier vorhandenen Druckereien 13 Verbandsmitgliedern nur zwei Nichtmitglieder gegenüber. Bei der in diesem Jahre stattfindenden Tarifrevision stellt sich die hiesige Mitgliedschaft auf Seite der Stuttgarter Kollegen, da hier die Lebensverhältnisse dieselben sind wie dort. Leider mußten wir im vergangenen Jahre unsern langjährigen Vertrauensmann A. Weichschedel in der Druckerei O. Dehler durch Arbeitsmangel verlieren, obgleich demselben dauernde Kondition zugesichert war. Es ist dies eine Folge der vom dortigen Faktor Ladenmayer (N.-B.) eingeführten Lehrlingshaltung, durch welche ein Gehilfe entbehrlich wurde. Früher wurden dort keine Lehrlinge ausgebildet. Wie anderwärts so wurde auch hier die Gemeinbedeutung um Benennung einer Straße als Gutenbergsstraße er sucht und folches in Aussicht gestellt. Der seitherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Vertrauensmann ist G. Vör, Umlandstr. hier. Den ausständigen Kollegen in der Leipziger Volkszeitung spricht die hiesige Mitgliedschaft ihre vollste Sympathie aus betr. ihres solidarischen Eintretens für die Prinzipien des Verbandes. Wir wünschen ihnen besten Erfolg.

-- Düsseldorf. Die hiesige Mitgliedschaft beging am 26. Januar im Lokale des Herrn Pütz die Feier des 25-jährigen Verbandsjubiläums der Kollegen Carl Tübnißsen und Carl Püll. Beim Eintritt der Jubilare nebst ihren Frauen in den Saal sang der Gesangsverein Untenbach das Lied Dies ist der Tag des Herrn. Hierauf begrüßte der Vorsitzende Klattenbusch die Jubilare wie die so zahlreich erschienenen Festgenossen und verlas mehrere eingelaufene Glückwunsch-Briefe und Telegramme. Auch verschiedene auswärtige Kollegen hatten es sich nicht nehmen lassen, persönlich ihre Glückwünsche zu entbieten. Ein eigens für die Jubilare ver-

faßter Prolog fand lebhaften Beifall. Nach noch einigen sehr erzählten Vorträgen des Gesangsvereins wie auch unsern Kollegen Rotationsmaschinenmeisters Willers, der mit großem Beifalle Nieder und Couplets erst und heitern Inhaltes zum besten gab, hielt der Vorsitzende die Festrede, in der er die Verdienste dieser beiden so wackeren Kämpfer um unsre Organisation hervorhob, gleichzeitig die junge Generation ermahnte, daran ein Beispiel zu nehmen, mitzuarbeiten und weiter auszubauen das Werk, woran unsere Alten so mühevoll gearbeitet haben. Als Zeichen des Dankes und der Anerkennung überreichte er namens des Ortsvereins den beiden Jubilaren ein kunstvoll ausgeführtes Diplom. Die Ansprache schloß mit einem Hoch auf die Jubilare nebst deren waderen Frauen. Beide Kollegen dankten in kurzen bewegten Worten für die ihnen zu teil gewordene Ehrung und schlossen mit einem Hoch auf den Verband. Im weiteren Verlaufe des Abends wechselten gemeinschaftliche Nieder mit Musikstücken und wurde auch noch ein flottes Theaterstück gespielt. Den Schluß dieser Feier bildete ein gemütliches Tanzfrühstück. Das im modernen Stile gearbeitete vierstellige Programm wurde von der Firma Duad & Fischer gratis geliefert, was dankend erwähnt sei.

-- Hamburg-Altona. (Versammlung vom 29. Jan.) Aus dem vom 1. Vorsitzenden H. Andreas erstatteten Berichte ist folgendes zu entnehmen. Seit letzter Versammlung sind eingetreten: Hugo Clemens, Franz Grünich, Hugo Peterßen, Franz Schöde; wieder eingetreten sind Johs. Harber und Paul Meyer; zur Aufnahme gemeldet haben sich die Gezer: Aug. Bald, Enno Fawel, Siegfried Eyrmann, P. F. Knaack, Aug. Hefzerberg, E. Th. Neber, Carl Schmölke, G. Hennebaum, Ernst Fischer, Rob. Horn und der Drucker J. W. J. Röper. Ausgeschlossen wurden: E. Buhn, Philipp Fischer und A. V. Schroeder. Ausgetreten: E. Horst, R. Weizner. Gestorben: R. Buchholz, W. Hampy, H. Neeser, A. Knoll, A. Schomburg. Invaliden wurden: J. Krenkel und M. Nowak. Als Invalide gemeldet hat sich Martin Käter. Krank sind gegenwärtig 54 und arbeitslos 63 Mitglieder. — Beim zweiten Punkte der Tagesordnung wurde auf Antrag des Kollegen Rieger beschlossen, eine Kommission zu wählen, die in Gemeinschaft mit dem Vorstande Material zu sammeln hat, wodurch der Beweis geführt werden soll, daß die in voriger Versammlung aufgestellte Forderung (Erhöhung der Grundposition um 10 Proz. und Erhöhung des Lokalzuschlags von 25 auf 33 1/2 Proz.) eine berechtigte ist. In die Kommission wurden die Kollegen D. Lange, J. Rieger, J. Fiesler, Du. Ulfers und Bollenjen gewählt. Mit der Frage: „Kündigung oder Revision des Tarifes?“ die in der Diskussion gestreift wurde, wird sich eine demnächst stattfindende Allgemeine Buchdrucker-Versammlung zu beschäftigen haben. — Den Bericht vom Gewerkschaftsartikel erstattete Kollege Batsch. Derselbe erläuterte in längeren Ausführungen das neue Kartell-Regulativ. Sämtliche Redner stimmten diesem neuen Regulativ zu, nur sprach man sich allgemein gegen das in demselben festgelegte Projekt der Gründung eines Gewerkschaftsbundes aus. Für das neue Regulativ stimmten 218, dagegen 14 Kollegen. Das Resultat der nun folgenden Ansprache über die Leipziger Vorgänge war die Annahme der folgenden, vom Kollegen Brüning eingebrachten Sympathie-Erklärung: „Die am 29. Jan. in Lütjes Etablissement tagende Versammlung des Buchdruckervereins in Hamburg-Altona verurteilt das rigorose Verhalten der Geschäftsleitung der Leipziger Volkszeitung als schärfste und spricht den ausständigen Kollegen ihre wärmste Sympathie aus.“ Wegen diese Resolution stimmten 2 Versammlungsteilnehmer. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß unsere Kartelldelegierten die Leipziger Vorgänge im Kartelle zur Sprache bringen möchten. — Kollege Dreier berichtete nunmehr, daß ein Buchdruckerbeisitzer sich mit der Anfrage an die Behörde für Krankenversicherung gewandt habe, ob für die Buchdruckergehilfen die Marken der 4. oder 5. Klasse der Alters- und Invaliden-Versicherung zu haben seien. Die Antwort ging dahin, daß für diejenigen Gehilfen, die der Ortskrankenkasse für das Buchdrucker-Gewerbe angehören, Marken der 5. Klasse zu haben seien, für solche, die einer freien Hilfskasse angehören, ev. Marken einer andern Klasse. Kollege Demuth erklärte im Anschlusse hieran, daß nach dem Gesetze für jeden, der die erforderliche Lohnhöhe verdient, Marken der 5. Klasse zu haben seien, was bei den Buchdruckern zutrefte. Von verheirateten Prinzipalen sind schon für die Gehilfen, die der Ortskrankenkasse nicht angehören, Marken 4. Klasse geklebt worden. Die in Frage kommenden Kollegen wurden vom Vorsitzenden aufgefordert, von ihren Prinzipalen zu verlangen, daß sie in der für sie zutreffenden Klasse versichert werden.

Kassel. Eine Außerordentliche Bezirksversammlung fand hier selbst am 20. Januar, vormittags 11 Uhr, im Vereinslokale statt. Zu derselben waren als Delegierte aus dem Bezirksort Alfordorf 2, aus Melsungen 2 und aus Corbach 1 Kollege erschienen, so daß ersichtlichweise die Anwesenheit von insgesamt 118 Kollegen konstatiert werden konnte. Nach Erledigung mehrerer Vorstandsmitteilungen und dreier Neuaufnahmen sowie einiger Angelegenheiten lokaler Natur wurde in die Beratung der beiden wichtigsten Punkte der Tagesordnung: Anträge zum diesjährigen in Offenbach a. M. stattfindenden Gantage des Gaues Frankfurt-Hessen und Anträge zur diesjährigen Tarifrevision eingetreten. — Zum ersten der beiden genannten Punkte lag folgender Antrag des Bezirksvorstandes vor: Die heutige Bezirksversammlung

wolle beschließen: den Gauvorstand bezw. Gantag zu er suchen, die Herausgabe eines Ratgeber, wie solche in den Gaue Westfalen, Oberhein und Ortsverein München eingeführt sind, zu veranlassen. Die Kosten trägt die Gau-kasse, eventuell wird derselbe zu einem geringen Betrage an sämtliche Gaumitglieder verabsolgt.“ Kollege Gut-hardt begründete den Antrag und führte aus, daß durch ein solches Büchlein den Mitgliedern jedenfalls eine große Erleichterung geschaffen würde. Redner hatte einen solchen Ratgeber, welcher vom Vorstande des Gaues Rheinland-Westfalen herausgegeben ist, zur Hand und machte die Versammlung mit dem wichtigsten Inhalte desselben bekannt. Bei dem Vorhandensein eines solchen kleinen Büchleins, welches jeder Kollege bequem in der Rocktasche stets bei sich führen könne, sei es nicht notwendig, daß man immer sämtliche anderen Bücher wie Statut, Vorstandsbeschlüsse über die zu gewöhnlichen Unterstufungen, Tarif, Gantagelement usw. stets in der Tasche zu tragen brauche, um über alle wichtigeren Beschlüsse und Bestimmungen des Verbandes fortwährend unterrichtet zu sein, da ein solcher Ratgeber alle diese Angelegenheiten in gedrängter Form enthalte. Besonders wertvoll sei ein solcher Ratgeber noch durch Auszüge aus dem Sebmachentariere, den Bundesratsbestimmungen, dem Invalidentar-gesetze und der Gewerbeordnung. Deshalb sei dies Büch-lein bei Gewinnung von Mitgliedern sehr praktisch. Eine längere Diskussion über diesen Punkt wurde nicht ge-wünscht und vorstehend erwähnter Antrag des Bezirks-vorstandes hierauf einstimmig angenommen. Der zweite Antrag zum Gantage betraf die Obligatorisierung der im Jahre 1899 für die Mitglieder des Bezirks Kassel und Einzelmitglieder des Gaues Frankfurt-Hessen ins Leben gerufenen Witwen- und Waisenkasse und hat folgen-den Wortlaut: „Die heutige Bezirksversammlung stellt zum Gantage in Offenbach nachfolgenden Antrag: Der diesjährige in Offenbach abzuhaltende Gantag wolle be-schließen: Die für den Bezirk Kassel und Einzelmitglieder im Gau Frankfurt-Hessen errichtete Witwen- und Waisen-kasse zur Gau-Institution zu erheben, um alle Gaumit-glieder der Wohlthaten dieser Einrichtung teilhaftig werden zu lassen. Der Gaubeitrag ist entsprechend zu erhöhen. Die heutige Versammlung verpflichtet die seitens des Bezirks Kassel zu entsendenden Delegierten, mit allen Kräften für die Erreichung dieses Zieles zu wirken.“ Auch die Begründung dieses Antrages übernahm Kollege Gut-hardt und führte derselbe aus, daß durch den zahlreichen frei-willigen Beitritt der Gaumitglieder, darunter vieler Delegierter des Gantages in Gießen im Jahre 1899, der Beweis erbracht sei, wie großer Sympathie sich diese Ein-richtung zu erfreuen habe. Außerdem ersehe man an dem Beispiele anderer Gaue, wie wünschenswert eine solche Einrichtung wäre und habe doch schon unsre, für den Bezirk Kassel im kleineren Rahmen, bis jetzt noch im Uebergangsstadium thätige Kasse, bei mehreren Notfällen lindern eingegriffen. Um durch die Gaue zu einer Witwenkasse für den Verband zu gelangen, sei es Pflicht, trotzdem der Antrag auf Obligatorisierung auf dem letzten Gantage abgelehnt sei, denselben bei jeder sich bietenden Gelegenheit von neuem einzubringen und mit allen Kräften zu vertreten. Redner empfahl warm die Annahme dieses Antrages. Die Diskussion über diesen Antrag war eine sehr lebhafte und beteiligten sich hieran die Kollegen Kelle, Schaaf, Zeiß, Knaß, Persch und Dittmar, sämtlich im zustimmenden Sinne. Wegen der Kürze der Zeit wurde ein Antrag auf Schluß der Diskussion ange-nommen und fand hierauf der erwähnte Antrag betr. Uebernahme der Witwenkasse in die Gau-Institution gegen vier Stimmen Annahme. Der folgende Punkt der Tagesord-nung betraf Anträge zur diesjährigen Tarifrevision und lagen hierzu folgende Einzelanträge vor: 1. Antrag des Vorstandes: a) Die Grundpositionen sind um 10 Proz. zu erhöhen; b) der Lokalzuschlag für Kassel wird von 10 auf 20 Proz. erhöht. (Wenn die Erhöhung der Grund-positionen fortfällt.) 2. Anträge des Kasseler Maschinen-meisterklubs: a) Die Ausnahmebestimmungen für Drucker im § 31 des Tarifes sind zu beseitigen; b) Gleichstellung der Drucker mit den Segezen hinsichtlich der Lehrlings-stufe; c) An Rotationsmaschinen dürfen nur gelehrte Buchdrucker beschäftigt werden; d) Höhere Aufschläge auf Ueberstunden, welche zu Hause (beim Zurücken) oder ohne Hilfspersonal in der Druckerei geleistet werden. 3. An-trag der Mitgliedschaft Alfordorf: Die Ausnahmebestim-mungen im § 31 des Tarifes betr. Städte unter 20000 Einwohnern fallen fort. Auch diese einzelnen Anträge riefen eine längere Diskussion hervor, speziell die beiden Anträge betr. Erhöhung des Lokalzuschlages von 10 auf 20 Proz. für Kassel und Beseitigung der Ausnahme-bestimmungen im § 31 des Tarifes für Drucker. Nach längerem Für und Wider wurden sämtliche zur Tarif-revision gestellten Anträge mit übergroßer Mehrheit an-genommen. — Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zum Konflikte in der Leipziger Volks-zeitung. Es würde zu weit führen, sämtliche einzelnen Diskussionredner über diese Angelegenheit hier zu er-wähnen. Wir lassen deshalb nachstehend die einstimmig angenommene Resolution des Kollegen Gut-hardt folgen: „Die heutige Bezirksversammlung verpflichtet den Ausständigen der L. V.-Z. ihrer vollsten Sympathie und verurteilt das Vor-gehen der Geschäftsleitung dieses Arbeiterblattes auf das Entschiedenste. Unter Anerkennung des objektiven und vor-sichtigen Vorgehens der Leipziger Kollegen und des unparteiischen Eingreifens des sozialdemokratischen Partei-vorstandes spricht die Versammlung den Wunsch aus auf baldige Beilegung dieses Kampfes bei vollster Wahrung

der Ehre des Verbandes." Nach einem kurzen Schlussworte des Vorsitzenden und mit der Aufforderung an die Kollegen, in Zukunft alle Versammlungen so zahlreich zu besuchen wie die heutige, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der Deutschen Buchdrucker geschlossen.

Krefeld. Die erste diesjährige Monatsversammlung fand am 5. Januar im Vereinslokale statt. Aus dem von den Vorsitzenden vorausgeschickten Jahresberichte geht hervor, daß insgesamt 13 Versammlungen stattgefunden, 12 ordentliche und 1 außerordentliche. Der Mitgliederstand stieg von 93 auf 110. Nach Erledigung der geschäftlichen und drücklichen Angelegenheiten kam unter dem Punkte Verschiedenes der Konflikt in der Leipziger Volkszeitung zur Sprache und drückten sämtliche Redner ihr volles Einverständnis für die energische Kampfesweise unserer Verbandskollegen aus. Das hiesige Gewerkschaftsartikell stellt sich prinzipiell auf den Standpunkt des Zentralverbandes der Buchdrucker und mißbilligt zugleich die Stellungnahme der Leipz. Volksztg. Spricht aber zugleich die Erwartung aus, daß in Zukunft auf Seiten der zentralisierten Buchdrucker alles vermieden wird, was unbedeutend geeignet sein muß, innerwärts der modernen Arbeiterbewegung Mißstimmung zu erregen.

Leipzig. Die am 25. Januar abgehaltene Versammlung der Schriftgießer, Schriftsetzerarbeiten und Arbeiterinnen hatte sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen, galt es doch, den Bericht der Delegierten vom 3. Kongresse der Schriftgießer Deutschlands entgegenzunehmen. Kollege M. Richter referierte in ausführlicher Weise und erläuterte die gefassten Beschlüsse. Betreffs des auch von Leipzig beantragten Normaltarifs habe der Kongreß in Rücksicht auf die verschiedenen Systeme der Maschinen sowie auf die großen Differenzen der Lokaltarife u. a. m. Abstand nehmen müssen, einen Normaltarif zu empfehlen. Eine ausführliche Wiedergabe des Referates erübrigt sich, da die Verhandlungen des Kongresses schon in erschöpfender Weise im Corr. veröffentlicht worden sind. In der dem Referate folgenden Debatte wurde von einigen Kollegen das Falllassen des Normaltarifs bedauert, schließlich aber folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute, am 25. Januar 1901, im Restaurant Johannissthal tagende Versammlung aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hat den Bericht ihrer Vertreter vom 3. Kongresse der Schriftgießer Deutschlands entgegengenommen. Sie erklärt sich mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden und erwartet die Versammlungen, bei Stellung dieser minimalen Forderungen die Bewilligung derselben von den hiesigen Schriftgießerei-Inhabern auf friedliche Weise zu erhalten.“ Hierauf brachte Kollege M. Richter einige Angelegenheiten, welche teilweise den Verein betrafen, zur Kenntnis, u. a. das Ausscheiden des Kollegen Clemens aus dem Vorstande. Die sich hieran anschließende unerquickliche Debatte, herbeigeführt durch die eigentümliche Art und Weise der Verteidigung des Genannten, kann leider nicht dazu beitragen, das Interesse der Kollegen an unseren Versammlungen zu erhöhen. Es wäre zu wünschen, daß hier Besserung eintritt. Nach einem dreimaligen Hoch auf den Verband erfolgte Schluß der Versammlung.

Schwerte i. M. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung hätte man zu der am 26. Januar abgehaltenen Generalversammlung des Ortsvereins einen besseeren Besuch erwarten können. Aber leider gibt es auch hier Kollegen, die eben für nichts zu haben sind. Um 8 Uhr eröffnete der Vorsitzende die von 43 Kollegen besuchte Versammlung. Zunächst wurde der Jahresbericht vorgelesen, aus welchem folgendes hervorgehoben sei: Es fanden im verfloffenen Jahre 8 Mitglieder- und 1 Generalversammlung statt, deren schwacher Besuch wiederum von großer Pflichtvergessenheit der Mitglieder zeugte. Die Ortskasse hatte eine Einnahme von 599,87 Mk. und eine Ausgabe von 518,03 Mk., mithin am Schlusse des Jahres 81,84 Mk. Kassensbestand. Die Mitgliederzahl schwankte zwischen 75 und 82. Durch den Tod verlor der Verein die Kollegen Winkler, Nisse, Weinstein und Lange. Die Bibliothek, welche augenblicklich 332 Bände aufzuweisen hat, wurde von 34 Mitgliedern und 13 Lehrlingen in Anspruch genommen. Als nächster Punkt der Tagesordnung fand die Neuwahl des Vorstandes statt, welche schon unter Verbandsnachrichten mitgeteilt ist. Der hierauf folgende Punkt Tarifrevision wurde bis zur nächsten Versammlung verschoben. Alsdann kam die Maßregelung der Verbandskollegen in der Leipziger Volkszeitung zur Sprache. Es wurde den ausständigen Kollegen die vollste Anerkennung gezollt und einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die heutige von 43 Kollegen besuchte Versammlung des Ortsvereins Typographia Schwerte spricht den Ausständigen der Leipziger Volkszeitung für ihr Verhalten ihre vollste Anerkennung aus. Sie erklart in dem Vorgehen der Leipziger sozialdemokratischen Parteileitung eine Verhöhnung und absichtliche Mißachtung aller bisher unter den organisierten Arbeitern in Bezug auf das Arbeitsverhältnis geltenden Grundätze gegenüber den Mitgliedern des Buchdrucker-Verbandes. Die angeblich „sozialdemokratische“ Gewerkschaft aber hat sich mit ihrem Eintreten für die Leipziger Volkszeitung als Streikförderorganisation niederster Art erwiesen.“ — Unter Verschiedenes wurde noch angeregt, daß der Ortsverein eventuell dem „Vereine für Errichtung einer Lungenheil-

stätte“ in Mecklenburg als Mitglied beitreten solle, worüber aber der Vorstand noch nähere Erkundigungen einziehen wird. Nachdem dann einige Angelegenheiten von Delegierten des Gewerkschaftsartikelles erledigt und die Kollegen auf die jetzt regelmäßig des Sonnabends stattfindenden Gesangsstunden hingewiesen waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

H. Stuttgart. (Mitgliedschafts-Versammlung vom 28. Januar.) Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Feststellung der vertretenen Druckereien. 3. Der Konflikt in der Leipziger Volkszeitung. 3. Die Tarifrevision. 4. Offene Fragen. Kollege Feuerstein eröffnete die Versammlung mit einer ganzen Reihe von Mitteilungen aus dem Gau sowie aus dem Auslande, der Schweiz und Oesterreich-Ungarn. Als Termin für den nächsten ordentlichen Gantag ist der 21. April vorgehoben. Der schon vor einigen Jahren vom Gantage gefasste Beschluß, im Bureau des Verwalters Knie ein Telephon einzurichten, wird in nächster Zeit ausgeführt werden und den Kollegen von auswärts und hier und sonstigen Interessenten dadurch Gelegenheit geboten, in schnellster Weise mit dem Kollegen Knie verkehren und dringliche Angelegenheiten erledigen zu können. Die Steigerung der Papierpreise und der Arbeiterlöhne veranlaßt die Ulmer Prinzipale, einen Aufschlag für ihre Druckerzeugnisse zu verlangen; mögen die Ulmer Gesellen diese Antündigung ihrer Arbeitgeber dazu benutzen, einmal voll und ganz die tarifliche Entlohnung zu verlangen, woran es im Augenblicke noch ziemlich hapert. Buchdruckerbesitzer Schwendin in Gaiddorf glaubt seinen Befehligen durch lange Arbeitszeit und grobe Mißhandlung die edle Buchdruckerkunst beibringen zu sollen. Daß in diesem Tempel die Bundesratsvorschriften nicht eingeführt oder beachtet werden, liegt auf der Hand. In der Zeit ist es, daß die Herren Fabrikinspektoren auch den Provinzbuchdruckern ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Der Fabriknachhausstaat in schönster Form hat Herr Rees in Heidenheim eingeführt: er numerierte seine Arbeiter. Was man heutzutage nicht alles mit der so beliebten Marke N.-B. anfangen kann! Eine allgemeine Einführung der neunstündigen Arbeitszeit erstreben unsere Schweizer Kollegen, haben jedoch hierbei einen schweren Stand infolge der schlechten Organisation der Arbeitgeber, denen ein einheitliches Vorgehen abhanden geht. Die Denunziation des Prinzipalsvereins in Oesterreich zeitigt schon Früchte: dem böhmischen Gesellenvereine wurde die Auflage von Seiten der staatlichen Behörde gemacht, sein Statut abzuändern oder eine Schließung des Vereins zu gewärtigen. Ein kleiner Teil der Budapestener Prinzipale will von einem Frieden im Gewerbe nichts wissen und lehnt die Einführung der minimalen Forderungen der Gesellen ab. Darum traten die Kollegen dafelbst in den Ausstand. Am Schlusse seiner Mitteilungen gedachte der Vorsitzende noch des Diebstahls beim Arbeitersekretär, bei welchem eingebrochen und 800 Mk. geraubt wurden, sowie der Abänderung des Gewerkschaftsreglements in Bezug auf Verminderung der Delegiertenzahl. Eine Diskussion knüpfte sich an diese Mitteilungen nicht. — Bei Verlesung der Präsenzliste waren von 30 Druckereien etwa 170 Gesellen anwesend. — In eingehender Weise wurde hierauf in fast 2 1/2 stündiger Diskussion der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt. Mit Ausnahme einiger Redner, welche die Schuld an dem seibigen Vorkommnisse den Leipziger Zuständen und auch zum Teile dem jetzigen Corr.-Redakteur zuschoben, verurteilten alle Kollegen die Maßnahmen der Leitung der Volkszeitung in Leipzig, welche Ausführungen in einer dahingehenden Resolution, die einstimmige Annahme fand, ihren Ausdruck fanden: „Die Versammlung der Mitgliedschaft Stuttgart hat mit größtem Bedauern die Zuspitzung der Verhältnisse zwischen der Leipziger Volkszeitung und der Verbandsmitgliedschaft in Leipzig beobachtet. Sie erklärt sich in der Haltung der ausgetretenen Kollegen der L. B. einverstanden. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend sind die Stuttgarter Kollegen der Ansicht, daß der Kampf erst mit Annahme des Vorschlages des Parteivorstandes beendet werden kann. Die Versammlung spricht den ausständigen Kollegen der L. B. ihre volle Sympathie aus und verurteilt das Eingreifen derjenigen Arbeitswilligen, welche jetzt dieses Organ herstellen, auf das schärfste, indem sie diese Handlungsweise als verwerflich bezeichnet.“ — Der vorgerückten Stunde halber werden die beiden anderen Punkte vertagt und soll sich in nächster Zeit eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung mit dem Punkte Tarifrevision beschäftigen. Mit einer Ermahnung an die Kollegen, diese Versammlung zahlreich zu besuchen, schloß der Vorsitzende die erste Versammlung im neuen Jahrabend.

n. Tilsit. Am 26. Januar fand die erste Versammlung der hiesigen Mitgliedschaft im neuen Jahre statt, zu welcher unser Gauvorsitzer Ginius-Schnitzberg erschienen war. Derselbe war so zahlreich besetzt wie seit langer Zeit selten eine und wollen wir hoffen, daß in Anbetracht der kommenden Ereignisse in Betreff des Tarifs das Interesse der Mitglieder an den Angelegenheiten des Verbandes nicht erlahmen möge. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden, Begrüßung des Herrn Ginius und Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung schritt man zum ersten Punkte der Tagesordnung: Jahresbericht, welcher vorgelesen wurde, vorgekommener Unregelmäßigkeiten des vorigen Kassierers wegen aber erst in einer internen Besprechung erledigt wurde. Sodann erhielt Herr Ginius das Wort zu seinem Vortrage über die verfloffenen fünf Jahre der Tarifgemeinschaft, die Vorteile derselben schildernd, die Erfolge

hervorhebend, die der Verband unter derselben errungen, und ging dann über zu dem Berichte über die stattgehabte Gauvorsitzerkonferenz. In der nun folgenden Debatte wurden die Beschlüsse der Konferenz gut geheißen und eine dahingehende Resolution einstimmig angenommen. Sodann dankte der Vorsitzende Herrn Ginius für den lehrreichen Vortrag und erjuchte die Anwesenden, sich zu Ehren des Referenten von den Sätzen zu erheben. Zum letzten Punkte der Tagesordnung: Verschiedenes, übergehend, teilte der Kassierer den Ausschluß des in Tilsit sehr bekannten Kollegen Koszina mit, welcher die Verbandskasse gerade genug ausgenutzt hat. Sodann brachte der Vorsitzende das Restantenverzeichnis zur Sprache, betonend, daß strikte nach den gegebenen Vorschriften bei Restanten verfahren werden wird. Da auch in Tilsit der „Eierne“ Einzug gehalten hat, und zwar in Gestalt zweier Linotypen, je einer bei O. v. Mauderode und J. Meyländer & Sohn, entwickelte sich über die tariflichen Bestimmungen bei denselben noch eine kurze Debatte. Zu erwähnen ist, daß in jeder Druckerei die Maschinen-seher aus dem eignen Personale hervorgegangen sind. Nach Erledigung noch einiger Anfragen von geringerer Bedeutung schloß der Vorsitzende die Versammlung zu bereits sehr vorgerückter Stunde, trotzdem ging man noch zu einem gemüthlichen Teile über.

Mundschan.

Im Namen des Königs ist in der Verwaltungs-freireichliche zwei Buchdruckereien gegen das Tarif-Umt der Deutschen Buchdrucker für letzteres ein obliegende Erkenntnis gefällt worden. Es handelte sich dabei um folgenden Fall: Gegen zwei den Tarif nicht beachtende Buchdruckereien, die eine mit 11 Gesellen und 13 Lehrlingen, die andre mit 8 Gesellen und 9 Lehrlingen, hatte das Tarif-Umt, nachdem jede Beschäftigung auf der Grundlage des Tarifs seitens der betreffenden Firmen abgelehnt worden war, den Klageweg beschritten. Die hierauf folgende, im Sinne des Klageantrages laute Verfüngung der zunächst zuständigen Verwaltungsbehörde gab beiden Firmen Veranlassung, Gegenklage zu erheben, und zwar gegen das Tarif-Umt und die den ersten Entschiede gefällte Instanz. Bei dem jetzt stattgehabten Termine, in welchem das Tarif-Umt die Abweisung der Kläger beantragt hatte, wurde an dem erst gefällten Entschiede festgehalten, d. h. es wurde der einen Firma die Entlassung von 5 Lehrlingen, der andern die Entlassung von 3 Lehrlingen auferlegt; nur wurde, und zwar im Einverständnis mit dem Tarif-Umt, nicht die sofortige Entlassung verfügt, sondern der Termin dafür bis 1. April verlängert. Beiden Firmen wurde ferner die Pflicht auferlegt, von dieser Zeit ab die Zahl der Lehrlinge bis auf 1/4 der Zahl der beschäftigten Gesellen zu beschränken. Die Kosten des Verfahrens tragen die beiden Firmen.

Nach Mitteilungen des Landwirtschaftsministers liegt dem preussischen Ministerium bereits ein Gesekentwurf gegen den Kontraktbruch bei ländlichen Arbeitern vor. Das Koalitionsrecht, Bestrafung des Verlassens der Arbeit bei schlechten Arbeits- und Lohnverhältnissen — unter solchen Umständen werden die Agrarier auch in Zukunft Gelegenheit haben, über Leutenot zu klagen.

Die in Deutschen Buchdruckereie errichtete Zentralleitung für das Zeitungswesen richtete an den Staatssekretär des Reichspostamtes eine Eingabe, in welcher derselbe gebeten wurde, die Postämter anweisen zu wollen, die von ihnen ausgehenden öffentlichen Bekanntmachungen auf Verlangen der Zeitungverleger als Inserate zu bezahlen. Das Gesuch wurde natürlich abgelehnt, da ein bestimmtes Verlangen, die bezüglichen Bekanntmachungen aufzunehmen, nirgends gestellt werde. Wenn dem Eruchen stattgegeben würde, so würden alle im Reichspostgebiete erscheinenden Wätter auf die Vergünstigung Anspruch machen und das sei undurchführbar. Die Petenten sind der Ansicht, daß die Zeitung, welche solche Hinweise aufnimmt, der Postbehörde dadurch einen Dienst leistet, zu welchem sie ohne Gegenleistung nicht verpflichtet ist. Das ist nur bedingungsweise zuzugeben, der Postbehörde gegenüber ist sie dazu allerdings nicht verpflichtet, aber sie hat die Verpflichtung, ihre Leser von Neuerungen zu unterrichten, welche für diese von Interesse sind.

Die Zeitschrift rückt dem Vorsteher des Vereins Leipziger Buchhändler auf den Leib, weil dieser in seinem Jahresberichte sich erlaubte, eine auf die Zwangsstimmung bezügliche Bemerkung zu machen. Der betreffende Herr gehört nämlich zu denjenigen, welche die Ansicht vertreten, daß die Großbuchdruckereibesitzer nicht in die Zimung gehören. Ferner wird ihm zum Vorwurfe gemacht, daß er sich a. a. D. den Buchdruckern gewissermaßen als Arbeitgeber gegenüberstellt und für Sauerbilligung schwärmt. Wir erinnern daran, daß im Jahre 1896 die Sammlung von Unterschriften im buchhändlerischen Lager, wodurch sich die Herren Buchhändler als Mandatäre der Buchdrucker aufstellten, von letzteren ganz gern gegeben wurde. Man darf sich nun nicht wundern, daß sie sich auch heute noch als solche fühlten.

Die Ganghoferische Buchdruckerei, Buchhandlung und Buchbinderei in Ingolstadt ist samt zwei Anwesen nebst Verlagsrecht der Ingolstäd. Ztg. durch Kauf um den Preis von 170000 Mk. in den Besitz des Faktors der genannten Buchdruckerei Herrn August Baumer übergegangen.

Presse. Anfang April erscheint in Frankfurt a. M. unter dem Titel Das freie Wort eine Halbmonats

Schrift für Fortschritt auf allen Gebieten des geistigen Lebens, herausgegeben von Karl Saenger, zum Preise von 2 Mk. vierteljährlich. — Bekanntlich ist die Frage vom liegenden Gerichtsstande der Preisse strittig. Im Besetze ist davon nichts zu finden und so kommt es, daß auch in Richterkreisen die Meinungen geteilt sind. Das hat einen Oberamtsrichter in Dresden nicht abgehalten, bei der Urteilsverkündung in einem Prozesse Wilz gegen Bong (Platen) kurz und bündig zu erklären, daß der Einwand gegen die Zuständigkeit des Dresdener Gerichtes sich dadurch erledige, daß die Presse dem stiegenden Gerichtsstande unterliege. — Die Ameise, Organ der Porzellanarbeiter, wurde zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt wegen Beleidigung eines Bürgermeisters, dessen allerdings „nicht ganz sachgemäß“ Vorgehen — wie es in dem Urteile heißt — die Kritik herausgefordert haben möge. Es handelte sich um die Vereitelung einer Versammlung, in der Frau Bieg aus Hamburg sprechen sollte. Das Auftreten des Bürgermeisters war derart, daß ihm gegenüber die Bezeichnung „nicht ganz sachgemäß“ überaus zart ist. Auch die Rhein.-Westf. Arbeiter-Zeitung hat 200 Mk. zu zahlen. In der Besprechung des Geschäftsberichtes der Hütten- und Walzwerk-Berufsgenossenschaft wurde eine Beleidigung des Schiedsgerichtes derselben gefunden. In einem andern Prozesse, wegen Beleidigung der Polizei, wurde Redakteur Bredendeb zu vier Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen. Das in München erscheinende (christliche) Blatt Der Arbeiter wurde wegen Beleidigung eines Fabrikdirektors zu 200 Mk. verurteilt. Die Gewährsmänner ließen den Redakteur im Stiche, so daß der Wahrheitsbeweis mißlang.

In Bremen starb der Novellist Wilhelm Berger, 68 Jahre alt. Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten hat die Eisenbahn-Direktionen angewiesen, der Einstellung weiblicher Arbeitskräfte, namentlich in der Fahrkarten-Ausgabe und im Telegraphendienste, mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Der Minister ist ungehalten, daß die Beschäftigung weiblicher Personen bisher nicht in dem erwinnten Umfange, in einzelnen Direktionsbezirken überhaupt nicht stattgefunden habe. Der Betrieb soll verbilligt werden.

Bei Adorf i. B. errichtet die Stadt Leipzig eine Lungenheilstätte. Es wurden zu diesem Zwecke 86950 Mark ausgeworfen.

Die Hoff. Ztg. führt den Nachweis, daß seit der Bildung des Zuckerringes im Jahre 1899 der Preis für raffinierten Zucker um 10,80 Mk. pro Doppelzentner gestiegen ist, wohingegen der Preis des nach dem Auslande ausgeführten Rohzuckers noch um 40 Pf. gefallen ist. Der deutsche Konsument muß das Pfund Zucker mit 32 Pf. bezahlen, während dem Ausländer das gleiche Quantum Zucker nur 12 Pf. kostet.

Ein Delegiertentag der vereinigten christlich-sozialen Textilarbeiterverbände, der in Köln abgehalten wurde, beschloß endgültig die Bildung eines Zentralverbandes der christlichen Textilarbeiter Deutschlands.

Die Former bei Schwabe & Co. in Erfurt haben die Arbeit zu den von der Fabrikleitung festgesetzten Bedingungen aufgenommen. Der starke Zuzug Arbeitswilliger nötigte zum Nachgeben. Bis auf einige wenige nahmen sämtliche Ausständigen die Arbeit wieder auf. Der Zustand in Betzhan ist seitens der beteiligten Arbeiterorganisationen als beendet erklärt worden, da die Situation sich zu Ungunsten der Streikenden gestaltete.

Auch die Spitzenweber von Calais haben den Streik als aussichtslos aufgeben müssen. In einem Teile Schottlands ist den Bergleuten eine Lohnkürzung um 1 Schilling pro Tag angekindigt worden. Es dürfte dieserhalb zu einem Streik kommen. In Betracht kommen 60—70000 Bergleute. In Spanien streiken die Eisenbahner.

Die feinerzeitige Aufhebung der Arbeitsbörse in Genua, welche zu einem Generalfreist führte, durch welchen die Zurücknahme des Verbotes erzwungen wurde, hat jetzt den Rücktritt des Ministeriums zur Folge gehabt, nachdem demselben seitens der Kammer ein Mißtrauensvotum erteilt war. Dem einen Teile der Abgeordneten war die Regierung nicht weit genug, dem andern zu weit gegangen.

Eingänge. Die Schweizer Graphischen Mitteilungen enthalten in Nr. 11 u. a.: Der Titelsatz im Englischen — Haltet Maß in der Farbgebung! — Ueber Matt- und Glanz-Litho. — Ueber ältere und neuere Buchausstattung (Fortf.). — Besprechung von Neujahrsdrucksachen. Beigegeben sind zwei Sammler- und eine Farbprobe-Beilage und ein Probenblatt, letzteres von Fr. Hoffmeister in Leipzig.

Unter dem Titel Sechsmaschine Linotype hat die Firma C. G. Röder in Leipzig ein durchaus modern ausgestattetes Heft herausgegeben, das seinen Zweck, Bekanntschaft zu machen, andererseits für die genannte Druckerei zu machen, nicht verfehlen dürfte. Der mit Ausnahme der Titel- und Anbritzseiten auf der Linotype hergestellte Text bespricht die Vorteile des Maschinensatzes für den Auftraggeber, geht dann auf eine nähere illustrierte Beschreibung der Linotype ein und bringt am Schlusse zahlreiche Satzproben der verschiedensten Maschinenschriften.

Die Graph. Verlagsanstalt in Halle a. S. (H. Goldschmidt) hat wieder zwei Serien (Nr. 13 bis 24) der humoristischen Postkarten erscheinen lassen, welche, dem dritten Hefte der im gleichen Verlage erscheinenden Buchdrucker-Studien entnommen, in gelungener Weise einzelne Vorkommnisse im Buchdruckerleben illustrieren. Näheres siehe Inserat in heutiger Nummer.

Die Buchdruckerei von Wilhelm Wagner in Berlin, Kunstanstalt für moderne Druckausstattung, hat an ihre Kunden ein Werkbuch für das Jahr 1901 in durchweg moderner Ausstattung verkauft. Als Textschrift wurde die moderne, künstlerisch hochbedeutende, von Prof. Gemann gezeichnete Schrift gewählt. Die Monats- wie Jahreszeiten-Biggetten passen sich in ausgedehnter Weise der Schrift an. Der Kalender dürfte den Beifall aller Empfänger gefunden haben.

Gestorben.
In Altona am 30. Januar Friedrich Hiltmann, 41 Jahre alt — Schwindlucht.
In Bamberg am 11. Januar Heinrich Reißner, 32 Jahre alt — Schwindlucht.
In Budapest am 27. Januar der Maschinenmeister Johann Durigo, 65 Jahre alt.
In Einbeck am 31. Januar der Faktor Friedrich Nolte, 43 Jahre alt.
In Hamburg am 22. Januar der Seher August Schomburg, 70 Jahre alt; am 26. Januar, der Seher Albert Knoll aus Primmtenau, 51 Jahre alt — Bleivergiftung.
In Köln am 25. Januar der Seher Heinrich Schachtel aus Eyringsdorf bei Weimar, 26 Jahre alt —

Schwindlucht; am 27. Januar der Seher Alexander Küpper, 42 Jahre alt — Herzschwäche.

Briefkasten.
Interessenten in G.: 1. Wenn mit Erlaubnis des Prinzipals der betr. Kollege diese beiden Tage gefehlt hat, sind die Feiertage zu bezahlen. 2. So lange der § 616 des B. G.-B. nicht allgemein zweifelsfrei in seiner Anwendung feststeht, läßt sich hierüber nichts zuverlässiges sagen. Eventuelle weitere Schritte wollen Sie nur nach erfolgtem Einvernehmen mit dem Gaurvorstande unternehmen. — F. G. in Zweibrücken: Der Abdruck war in der von Ihnen eingefandten Form nicht möglich, ohne uns eine Zwecklose, dafür aber empfindliche gerichtliche Bestrafung zuzuziehen. — W. in Bremen: Siehe Briefkastennotiz in letzter Nummer. — R. Sch. in Oppeln: 4,25 Mk. — B. in Darmstadt: Ja, wir wollen es besorgen.

In dem Berichte aus Ludwigsburg, Nr. 14, Seite 2 des Corr., ist der Vorname des Kollegen Karl richtig zu stellen, der nicht Hermann sondern Gustav lauten muß.

Die Kollegen des Altonaer Tageblattes wünschen das Inserat in Nr. 15 des Corr. dahin richtig gestellt, daß der verstorbene Kollege Hiltmann nicht Karl sondern Friedrich gerufen wurde. — Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona hatte in seiner Todesanzeige den erstern Vornamen angegeben, weshalb die Expedition der Konfuzenz wegen die Abänderung vornahm.

Verbandsnachrichten.
Bezirk Lüneburg. Die diesjährige Bezirksversammlung findet Sonntag den 10. März in Lüneburg statt. Anträge sind rechtzeitig beim Vorsitzenden einzureichen. Den Mitgliedern geht alles Nähere später per Zirkular zu.

Breslau. Der Seher Anton Schirmeisen aus Eglau bei Leobschütz, Hpt.-N. 10050, wird hierdurch aufgefordert, die aus der Bibliothek des hiesigen Ortsvereins entlehnten Bücher endlich zurückzuliefern. Die Herren Vereinsfunktionäre werden erjucht, den Aufenthalt des p. Schirmeisen an Joh. Meisinger, Tadjenstr. 20, gelangen zu lassen.

Welle i. S. In der ersten Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins wurden für 1901 folgende Kollegen in den Vorstand gewählt: K. Bretthauer, Vorsitzender; R. Müller, Kassierer; M. Heymann, Schriftführer; sämtliche in der Firma F. C. Haag.

Reutlingen (Reg.-B. Trier). Bei Konditionsangeboten von hier sollte man unbedingt Erkundigungen beim hiesigen Ortsvorstande oder beim Bezirksvorstande in Saarbrücken einholen.

Pforzheim. An Stelle des von seinem Aunte zurückgetretenen Kollegen Heinr. Batermann wurde Kollege Hermann Stöckl, Bismarckstraße 13, als Vorsitzender gewählt.

Rathenow. Der Vorstand des Ortsvereins für das laufende Jahr setzt sich wie folgt zusammen: Julius Drinkow, Jägerstraße 49, Vorsitzender; Joseph Fleisener-Kämpfer, Gr. Milowestr. 69, Kassierer; Ferd. Fritsche, Schriftführer.

Stettin. Die Druckerei von Blankenhagen, Erdmann & Maltewitz (Kommerische Reichspost) ist für Verbandsmitgliedern geschlossen. Es erfolgt bei Konditionsannahme sofort Ausschluß.

Tüchtiger Schweizerdegen
durchaus selbständig in Satz und Druck, für dauernde dauernde Kondition nach Würgburg gesucht. Werte Offerten unter Belegung von Satz- und Druckmustern mit Angabe der Gehaltsansprüche zu richten an
H. Hoff, Frankfurt a. M., Schriftgießerei
Wenz. Krebs Nachf. [980]

Verein der in Schriftgiessereien u. verw. Berufen besch. Arbeiter und Arbeiterinnen Leipzigs und Umgegend.
Sonabend den 16. Februar **Pantheon**, Dresdenerstraße, IV. Stiftungsfestes findet im Stadthaus, die Feier des **Konert, Gesangs- und humoristischen Vorträgen und Ball.** Gäste willkommen. — Konditionlose Kollegen erhalten am Eingange des Saales 2 Mk. Beitrag. — Zu recht zahlreichem Besuche ladet ein **Der Vorstand.** [965]

als Anhängen verstellbar pro Stück 70 Pf. fr.
H. Watermann, Pforzheim, Obere Au 14.

Stempelschneider
die im Stande sind, Buchstaben-Stempel für Schriftgiessereien nach Auswärts zu liefern, werden ersucht, ihre Adressen der Buchdrucker und Schriftgießerei „Gutenbergs“ in Riga (Rußland) gefälligst zuzugeben. [977]

Zeitgemäß und selbständig arbeitender **Arbeitsnehmer** (mitstarfrei), fleißig und zuverlässig, möchte sich in ordnungsliebendes Geschäft baldigst verändern. Werte Offerten erbeten an W. Eisenach, Georgenstraße 24, part. I. [989]

Gutenberg-Haus Franz Franke
Berlin-Schöneberg.
Mechan. Werkstatt & Maschinenbau.
Schriften, Messinglinien, Utensilien.
Buchdruckerei-Einrichtungen.
Prospekte gratis und franko.

Tüchtiger Linotypsetzer
sucht Stellung. Werte Offerten unter Nr. 988 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junger, tüchtiger **Schriftsetzer**
bewandert in allen Sorten, sucht dauernde Kondition. Werte Offerten an H. Pilm in Wschersleben, Fürstentweg 40c, erbeten. [982]

Humoristische Buchdrucker-Postkarten
Serie III Nr. 13 bis 18 und Serie IV Nr. 19 bis 24. Preis à Serie nur 25 Pf.; für 30 Pf. Frankozusendung.
Bringen humoristische Skizzen aus dem **Seher- und Drucker-Saal.**
Graph. Verlags-Anstalt Halle a. S.
H. Goldschmidt. [979]
Für Berlin und Vororte durch die Firma: **Hans Salling, Kommandantenstr. 70.**

Tüchtiger Handmaschinen- u. Ofengießer
sucht sofort dauernde Kondition, am liebsten in Leipzig oder Berlin. [981]
Werte Offerten unter H. V. 1901 hauptpostlagernd Stuttgart erbeten.

Geübter Bohrer
für Matrizenbohrmaschine bei hohem Lohne in dauernde Stellung gesucht. Angebote unter G. 984 befördert die Geschäftsstelle d. Bl.
Seher
mitstarfrei, tüchtig im Accidenz-, Wert- und Inseratenlage sowie ein
Maschinenmeister
i. Accidenz-, Wert-, Plust- u. Buchdruck sucht in u. mittl. od. großer Druckerei dauernde Stelle. Werte Offerten an **Michael Kühle, Maschinenmeister, Fäch en (Hild.)**, erbeten.

Postwertzeichen
werden in Zukunft (bei den verbilligten Postanweisungen) nicht mehr in Zahlung genommen.

Am 4. Februar starb nach längerem Leiden an der Berufskrankheit unser lieber Kollege, der Setzer und Stereotypour
Max Wagner
aus Taubenheim a. d. Sp., im 24. Lebensjahre. [976]
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Oppeln, den 7. Februar 1901.
Für den Ortsverein Oppeln:
Robert Schulz.

Am 5. Februar verschied nach langjährigem Leiden unser werter Kollege, der Setzer-Invalid [978]
Friedrich Puls
in Lohse, im 79. Lebensjahre. Sein Andenken wird stets in Ehren halten
Bremen, den 7. Februar 1901.
Der Bremer Bezirksverein.

Offertenbriefe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des Corr. (Gourad Giesler), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Offertenbriefe ohne Freimarke können nicht befördert werden. Die Geschäftsstelle des Corr.